

Ercheint täglich außer Montags, Donnerstags, Freitags, Samstags, Sonntags, Feiertags, ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ...

Verleger: J. M. ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. März 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Der Unteroffizier.

Wie eine heitere Sage klang es zuweilen aus den Zeiten des alten Friesen herüber in die Nachwelt, daß unter dessen Regierung die Schulmeisterstellen auf den Dörfern mit ausgedienten Husarenwachmeistern und Unteroffizieren besetzt worden seien.

Ach, wenn es so wäre! Aber wenn auch der Unteroffizier nicht mehr zum Schulmonarchen ernannt wird und mit dem Haselstock — wie zur Zeit des alten Friesen — der ungebildeten Schuljugend „Zucht“ und Gehorsam einbläut — aus dem Munde des Herrn v. Caprivi haben wir neulich vernommen, daß der Unteroffizier in unseren Tagen zu einer weit höheren Kulturmission berufen ist.

Man hätte unstreitig das Recht, durch diesen Vergleich von Einst und Jetzt in eine heitere Stimmung versetzt zu werden. Aber die Sache hat auch ihre ernste Seite, denn wo liegt der Fortschritt, wenn heute den Erwachsenden zugemutet wird, was vor mehr als hundert Jahren — und zwar zur Zeit einer großen, durch langen Krieg herbeigeführten Zerrüttung — nur der Jugend zugemutet wurde?

Die andere Anschauung ist sich einig in dem Gedanken, daß die geistigen Kosten der Volks- und Jugendbildung bestreiten werden sollen aus den reichen Schätzen, die unsere besten und edelsten Geister, die großen Denker jeder Art, aufgehäuft haben, indem sie sich abmühten für die Wohlfahrt des Volkes und der Menschheit.

Schätze werden heute von den Pfaffen der Schule vor-enthalten, die an ihren Pforten wachen. Andere glauben genug zu thun, wenn sie dem Volke einige kärgliche Dosen bieten. Aber der Einzelne soll doch aus der Hinterlassenschaft der geistigen Helden unseres Volkes die Grundlagen seiner Weltanschauung schöpfen und in Verbindung mit den modernen Ideen die Probleme des Jahrhunderts begreifen — so fordert der Geist der Zeit.

Der Geist der Zeit ist für die leitenden Staatsmänner nur ein leerer Begriff. Sie verstehen kein Rauschen und Behen nicht. Darum halten sie es auch nicht für nothwendig, daß das Volk aus dem ewigen Jungbrunnen unserer geistigen Kultur schöpfe; nicht ein Lessing, ein Herder, ein Humboldt, ein Schiller, ein Goethe, ein Fichte und tausend andere hocherleuchtete Geister sollen seine Lehrmeister sein in Gesinnung und Wissen — nein, für diese Mission ist bei uns in Deutschland der Unteroffizier ausersehen. Das mit dem rothen Gespenst eingeschüchterte Spießbürgerthum beugt ehrfurchtsvoll das Haupt vor solch großartiger Staatsweisheit — nun, wir gönnen es ihm!

Aber, fragen wir, glaubt man denn an den grünen Tisch wirklich, die fünf- und vierzig Millionen Deutscher werden ihre Literatur und ihre ganze historische Entwicklung bei Seite legen, um ihren geistigen Bestand auf den Unteroffizier zu stellen?

Wenn der verflorenen Reichskanzler das deutsche Volk nicht kannte, indem er seine Geduld und seine Unterwürfigkeit zu hoch anschlug, so kennen es seine Nachfolger noch weniger, wenn sie glauben, es lasse sich auch im alltäglichen Leben Alles nach militärischen Vorschriften regeln und die Gesinnung nach dem Kommando des Unteroffiziers vorschreiben.

Will man aus den Unteroffizieren wirklich das machen, was in den Reden des Reichskanzlers als Ziel vorzuschweben scheint, so erinnert man sich in verdächtiger Weise an das Pratorianerthum. Wir haben keinen Grund, dem Stand der Unteroffiziere als solchem zu nahe zu treten, aber uns dünkt, auch da wird der Appetit mit dem Essen kommen und das Prämienwesen hat seine gefährlichen Konsequenzen. Man wird mit demselben hier eine wirkliche „Begehrlichkeit“ entfesseln, die sich später, unter veränderten Umständen, einmal sehr fühlbar machen kann.

Und das Alles soll einen Damm gegen die sozialistische Bewegung bilden? Wir ahnen, daß man es in den Regierungen- und bürokratischen Kreisen bereits ausgegeben hat, diese große Bewegung mittelst einer sozialpolitischen Gesetzgebung zu bekämpfen. Verschiedene Anzeichen machen dies sogar zur Gewißheit. Man überließ

Alles zur Ausführung der Bureaucratie und diese vermag niemals, auch nur einen frischen Hauch in die Segel der Sozialpolitik zu bringen. Neue Ideen hat die Regierung nicht, es müßte denn die Idee von dem gesellschafts- und staatsbreitenden Unteroffizier eine solche sein. Die Uebertragung des militärischen Drills und der vorgeschriebenen Gesinnung in das bürgerliche Leben ist glücklicher Weise eine vollständige Unmöglichkeit, an der auch durch den Zivilversorgungsschein nichts geändert werden kann.

Mögen die Herren machen, was sie wollen. Jedem falls wird es für den künftigen Kulturhistoriker nicht uninteressant sein, daß man an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts den geistigen Bestand unseres Volkes auf den Unteroffizier zu begründen versucht hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März.

Der Eisenbahn-Etat (von Elbaf-Lothringen) beschäftigte den Reichstag doch etwas länger, als gestern erwartet wurde. Zunächst gab ein Antrag des Fortschrittlers Brömel Gelegenheit, die Tarifrage zu streifen, jedoch auch nur zu streifen.

Der Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Er lautet: Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht genommenen Reform der Personen- und Gepäcktarife auf den Eisenbahnen in Elbaf-Lothringen eine durchgreifende Ermäßigung der Tarifsätze und Vereinfachung des Tariffsystems, unter Ausschluß jeder Erhöhung der bestehenden Sätze, herbeigeführt wird.

Hierauf brachte der Sozialdemokrat Stolle die schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit der Eisenbahn-Bediensteten zur Sprache. Der Regierungsvertreter antwortete ausweichend. In solchen Fällen ist es außerordentlich schwer, den Behörden das Geständniß zu entreißen, daß irgend etwas, was die Behörden gethan haben, nicht wohl gethan sei. Die Fiktion amtlicher Unfehlbarkeit spukt ja noch in Deutschland. Man vermisse da recht sehr das Untersuchungs-Verfahren des englischen Parlamentes, dessen Kommissionen mit hinreichenden Vollmachten zur Ermittlung der Wahrheit, auch wenn diese der Regierung unangenehm ist, ausgestattet sind.

Trotz der Zurückhaltung des Regierungsvertreters wurde festgestellt, daß die Eisenbahn-Bediensteten 12, 14 und 16 Stunden täglich zu arbeiten haben — so lange, daß die Sicherheit des Betriebs unzweifelhaft darunter leidet.

Nach Beledigung dieser Materie wurde von dem Abg. Richter die Frage der Schienenkarte II aufgeworfen. Er verlangte Anschluß über die Angebote bei gewissen Lieferungen. Da er ihn nicht erhielt, so brachte er einen

Wagen zuerst und sagte: „Da kommt Deine Schwester Lisa.“

„So laß sie kommen,“ versetzte Ambros gleichmüthig, ohne den Kopf nach dem Fuhrwerk hinzuwenden. Stasi sah ihn erstaunt an.

„Die schöne Müllerin, die Afra Krigaya sitzt neben ihr,“ fügte sie hinzu.

„Meinetwegen,“ versetzte er in demselben Tone wie vorher.

Nur der kutschirende Burche bemerkte das Paar. Er winkte verschmitzt mit den Augen herauf, und trieb das Pferd an. Da die Straße hier eine Strecke ohne Steigerung hinkief, so rollte das Gefährt rasch vorüber. Stasi begleitete, ihren Kranz verfassend, den Wagen mit den Augen und diese wieder Ambros zuwendend, fragte sie, ob er denn nicht mit seiner Schwester zusammen in St. Lorenzen gewesen wäre?

„Es wird wohl so gewesen sein,“ gab er zu. „Aber ich mußte doch nachsehen, ob der verdammte Korporal der Stasi nicht nachgeschlichen war.“ Er lachte.

Stasi erhob sich und ging auf die Landstraße, wo nun auch die gebeugte, breitschulterige Gestalt des Ohms auftauchte. Scham und Verdruß, daß Ambros ihr abthätlich nachgegangen war, trieben ihr fast die Thränen in die Augen.

„Jetzt hab' ich halt gemeint, daß Du mitgefahren wärst,“ äußerte David Fenschler gegen den langsam heruntersteigenden Burchen. „Es war noch Blah auf dem Wagen.“

„Neben der schönen Müllerin, freilich,“ spottete Ambros. „Nein, da war kein Blah mehr,“ versetzte der Alte naiv. „Aber neben ihrem Stiefsohn, dem Jerg.“

Ambros hatte sich wieder an des Mädchens Seite ge-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

4

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. Weichsel.

„Ich begreif's nicht, wie Einer die unschuldigen Thiere schießen kann,“ sagte Stasi. „Thut es Dir denn nimmer leid, wann so ein hübsches Thierl, das noch eben so lustig umhergesprungen ist, von Deiner Kugel das Leben lassen muß?“

Ambros lachte. „Nein, das hat mir noch nimmer leid gethan.“

„O!“ sagte sie leise. Sie waren auf eine Brücke gelangt, die über einen Wildbach führte. Links stieg der Fels senkrecht auf. Es sickerte nur wenig Wasser herunter; aber die mächtigen Blöcke, welche das Bett füllten, zeugten von der Gewalt des Elements im Frühjahre und Herbst. Einige entwurzelte Tannen lagen quer über dem Bette, das eine kurze Strecke unterhalb der Brücke einen zweiten Abstrich bildete. Jenseits der Brücke drangen die Felsen unter einem scharfen Winkel vor. Die ganze Partie lag in dichtem Waldschatten. Unterholz und Blattpflanzen gediehen üppig in der feuchten Atmosphäre. War es die kühle, feuchte Luft, in der Stasi erschauerte? Sie sah sich nach dem Ohm um und ging dann mit beschleunigtem Schritte weiter. David war eine Strecke zurückgeblieben. An einigen Stellen verkündeten Botivotafeln

durch Bild und Schrift, daß daselbst ein Unglücklicher in der Dunkelheit, während eines Schneesturmes, oder im Rausche sich zu Tode gestürzt hatte. Der ehemalige Mönch betete bei einer jeden Tafel für die Erlösung der armen Seele aus dem Fegfeuer. Stasi rief ihm über den Bach hinüber zu, daß er sich beileben möchte. Als sie um die Felsenecke gebogen war, gewahrte sie ein wenig oberhalb des Weges in dem Schatten einer alten Birke, die einsam unter den Tannen stand, einen bemosten Stein, der wie eine Rasenbank zum Sitzen einlud. Stasi ließ hinauf und setzte sich, um den Ohm zu erwarten. Der Stein war breit genug, um auch Ambros Raum zu gewähren und er nahm neben Stasi Platz.

„Hier ist gut sein,“ sagte Ambros und legte seinen Arm um die Hüften seiner Nachbarin. Sie schob seinen Arm leise zurück.

„Bist Du so schen?“ fragte er. Sie aber blickte sich, ohne zu antworten und ruspste einige Grashalme aus dem Boden. Es war wohl das Büden, welches ihr das Blut in die Wangen trieb.

Jürg Dalme hatte sie gepflückt und bat nun Ambros, sie in der Mitte zwischen Daumen und Zeigefinger zu halten.

„Was soll's denn?“ fragte er. Sie wollte einen Kranz knüpfen, um zu erfahren, ob ihr Wittgang ihrer Mutter helfen würde.

Das Orakel kam jedoch nicht zu Stande. Es ließ sich das Rollen eines Wagens vernehmen und kaum hatte Stasi die entgegengekehrten Enden von zwei Palmeln verknüpft, als ein Einspänner, in dem drei Personen saßen, um die Ecke bog. Diese Personen bestanden aus einem jungen Manne, welcher kutschirte, und zwei Frauen. Stasi bemerkte den

dahin zielenden Antrag ein. Es kam nun zu einer ziemlich lebendigen Debatte, an der sich außer Richter die Agrarier und Schulzöllner Herr v. Kardorff, König Stumm, Graf Mirbach, Graf Stollberg-Wer-nigerode und als Vertreter der Sozialdemokratie Bebel beteiligten. Ergründlich war es, wie die Herren Könige, Grafen und simple „Herren von“, in den Planteil littenweiser Tugend und Uneigennützigkeit gehüllt, sich als Wohltäter des deutschen Volks im Allgemeinen und der deutschen Arbeiter im Besonderen ausspielten. Der Planteil wurde ihnen von Bebel abgerissen, und die schütz-zöllnerischen Wohltäter der Menschheit bekamen überhaupt im Laufe der Debatte recht harte Dinge zu hören. Sie mußten sich sagen lassen, daß ihre Schulzöll- und Kartellpolitik nur die Ausraubung des Publi- kums bedeute.

Zwischen den Abgeordneten Richter und Kardorff, die gewohnheitsmäßige Gegner sind, kam es zu einem längeren Dialog, in den sich auch König Stumm einmischte — zu seinem Schaden. Denn er wurde — in Ermangelung von Gründen — so „unanständig“ grob, daß der Präsident ihn zur Ordnung zu rufen hatte.

Der Antrag Richter, daß die Regierung jedes Jahr mit dem Etat eine Statistik der Schienenleistungen zu geben habe, wurde unter dem Einbruch des Hammelfestungs-Schreckens mit obligater Herausbeschwörung des Reichs- unfähigkeits-Vespenstes, von einer knappen Minorität ange- nommen.

Morgen Fortsetzung des Etats. Anfang des Marine- Etats.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preussischen Monarchie. —

Bezüglich der Wahl in Sonnenberg wird uns mit- geteilt, daß der Ausfall zu unseren Ungunsten einzig auf die Bemühen der alten Wahllisten zurückzuführen ist. Nach dem amtlichen „Saalfelder Anzeiger“ vom 27. Februar beträgt der Verlust, der den Sozialdemokraten durch Be- behaltung dieser alten Wahllisten, die ungültig gewesen wären, wenn man die Wahl auf einen Tag später anberaumt hätte, etwa 700 Stimmen. Und das ist, wie man uns schreibt, noch zu niedrig gegriffen. Genug — ohne diese — staatsmännische Maßregel hätten wir Sozial- demokraten die vereinigtsten Fortschrittler und National- liberalen (auch ein „Kartell“) diesmal schon überwunden — trotz des flammenden Aufrufs, den Hanschen Blum nach seinem Durchfall „an die nationalliberalen Wähler“ erlassen hat und in dem Traxen vorkommen, wie die:

„Die Schmach, dem Wahlkreis einen Feind von Kaiser und Reich, von deutschem Vaterland und Volkstum, von Eigen- thum, Familie und Ehe, als Vertreter dieses Wahlkreises im Reichstag bescheert zu haben, würde auf uns lasten, nicht auf den Anhängern Witte's.“

„G. Herrjesek. Ist Sie das Hanschen aber ein gefäh- licher Hans!“

Nach dem offiziellen Wahlergebnis hat von 16 404 abgegebenen Stimmen Witte 8754, Reichhaus 7650 erhalten.

Herrn Caprioli's Staatskunst und Sozialistenfurcht stößt auf Verständnis bei der Armee, wie aus einer thüringer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ zu ersehen ist. Derselben wird geschrieben:

Aus Thüringen, 1. März. Bei uns scheint das Militär schon auf den vom Reichsländer an die Wand gemalten Straßenkampf mit der Sozialdemokratie vorbereitet zu werden. Einer neulichen Alarmierung der Koburger Garnison lag die Idee zu Grunde, es seien Arbeiterunruhen ausgebrochen, wobei die Ehrenburg, das herzoglich Edinburg'sche Palais und das Rathhaus bereits besetzt worden seien. Die Aufgabe der 10. Kompagnie war nun, diese Gebäude zu entsetzen, während die 11. Kompagnie durch ihr Vorgehen auf der Orlauer Chaussee einen eventuellen Zug von Arbeitern aus Sonneberg zu fern- halten sollte. Große Arbeiterunruhen in Koburg! Gar nicht denkbar! bemerkt dazu das „Kob. Tagblatt“. —

Die Erneuerung des elsaß-lothringenschen Paß- zwanges wird von der Presse aller Länder mit einer seltenen Einmütigkeit als ein großer politischer Fehler er- klärt — der erste große Fehler, den die deutsche Re-

gierung seit der Entfernung Bismarck's gemacht, meint ein englisches Blatt, — allerdings etwas schmeichelhaft.

Im Ausland — und namentlich in der englischen Presse, deren Urtheil hier doppelt ins Gewicht fällt, weil sie Deutschland durchaus sympathisch ist und außerdem für die deutsche Kaiserin-Mutter ein Gefühl der Landsmannschaft hat, begreift man einfach nicht, wie politisch einflussreiche Kreise in Deutschland den Skandal einiger Cassenjungen ernst nehmen konnten. Welch' geringen Werth man in England dieser Chauvinisten-Handwurfschilde beilegt, erhellt drastisch aus der Thatsache, daß das vornehmste konservative Wochen- blatt Englands, die „Saturday Review“, welche am Son- abend ausgegeben wird, von dem ganzen Kadav nicht mit einem Wort spricht. —

Und das bringt uns auf das Thema von schwachen und starken Regierungen. Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ soll die französische Regierung sich „schwach“ gezeigt haben, weil sie „einer Handvoll von Narren und Schreibern“ den Mund nicht gestopft hat. Ja — die französische Regierung sieht nicht über dem Gesetz, und das Gesetz erlaubt nicht, daß man in Frankreich „einer Handvoll von Narren und Schreibern“ den Mund stopfe, — vorausgesetzt, daß dieselben sich nicht gegen irgend ein Gesetz vergehen oder verargen haben. Und das ist in dem vorliegenden Fall nicht geschehen. Nach der „Nord- deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist es wohl ein Beweis von Schwäche, wenn die Regierung das Gesetz achtet? Und ein Beweis von Stärke, wenn sie sich über das Gesetz stellt? Und wenn es ein Beweis von „Schwäche“ ist, eine Handvoll von Schreibern und Narren, die sonst nichts Ungeheuliches thun, ruhig schreien und Narrenspößen treiben zu lassen, ist es nach der „Nord- deutschen Allgemeinen Zeitung“ wohl ein Beweis von Stärke, sich durch „eine Handvoll von Schreibern und Narren“ ins Bodschloß jagen und aus der Fassung bringen zu lassen? Es wäre uns lieb, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ diese Fragen beantwortete.

Nach der Logik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die mit der „Niederrheinischen“ Herlichkeit wieder Regierungsorgan geworden zu sein scheint, besteht offenbar die Stärke einer Regierung in der Ohnmacht des Gesetzes. Wo das Gesetz nicht herrscht, da kann die Regierung allerdings thun, was sie will. Aber auf diesem Gebiet ist die russische Regierung unzweifelhaft sämtlichen anderen Regierungen Europas über. Und der König von Da h o m e y, der jeden seiner Unterthanen todtschlagen und aufspeisen kann, hat sogar noch eine weit „stärkere“ Regierung als „Baterchen“ in Petersburg. Freilich die Sache hat ihren Daken, und es kann auch ihm eines schönen Tages passieren, daß er todtschlagen und aufgespeist wird — trotzdem er die „stärkste“ Regierung hat oder ist. —

Wir haben früher schon einmal darauf hingewiesen, daß die Bismarck'sche Reptilpresse, welche, nach dem jähen Sturz ihres Chefs und Zahlmeisters, herrenlos ge- worden war und bettelnd an allen Thüren anklopfte, sich wieder in der alten Weise organisiert hat und auch unter dem alten Chef. Nur daß sie jetzt nicht mehr Regierungs- presse ist, sondern „freudirende“ Nebenregierungs- presse. Das Geld kommt natürlich nicht aus Friedrichsruh; aber die Herren Großindustriellen und Großgrundbesitzer haben gefüllte Geldbeutel, und es verlohnt sich schon, etwas Oedenliches springen zu lassen, damit sie wieder an die Fleischschöpfe Egyptens zurückkommen. —

Es fällt den Herren Fortschrittlern — Verzeihung „Deutschfreisinnigen“ — außerordentlich schwer, sich von ihren Lustschlössern zu trennen. Verschiedene der Herren glauben, die „Abgabe“ sei bloß zum Schein, vor der Deffent- lichkeit erfolgt — unter vier Augen im verschwiegenen Kammerlein, da werde eine mildere und zärtlichere Tonart obwalten. Nun, wenn nicht zu rathen ist, dem ist nicht zu helfen. Ganz besonders „verdabbert“ — worüber man sich freilich nicht wundern kann — ist der Leiter der „Frei- sinnigen Zeitung“, der uns gestern ausschalt, weil wir von seiner „Liebeswerbung“ gesprochen, und sich heute die Liebeswerbung durch seinen Freund Meyer in der „Freisinnigen Zeitung“ ausdrücklicher be- scheinigen läßt. Der Redakteur der „Freisinnigen Zeitung“ sollte sich merken, daß in gewissen Lebenslagen Humor die beste Arznei ist — wer den Schaden hat, braucht zwar

sprichwörtlich für den Spott nicht zu sorgen, allein wer zum bösen Spiel gute Miene macht, kommt doch ent- schieden weit besser weg, als wer dann bärbeißig dreinschaut und giftig knurrt. —

Zum Kapitel der Verurtheilung schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung“:

Die Bergwerks-Direktion Hainichen (im „gemüthlichen“ Sachsen) kündigt einen Arbeiter im Januar dieses Jahres. Selbiger Arbeiter treibt sein Arbeitsbuch abmühselos in die Tasche und macht sich auf, sich eine neue Arbeit zu suchen. Er weiß nicht, daß er seine eigene Verurtheilung — einen modernen Urtheilsbrief — mit sich trägt. Er geht von Pöche zu Pöche, er zeigt sein Buch vor, überall findet er ein abweisendes Achselzucken — und hier und da meint man wohl: „Ja, Arbeit haben wir schon, aber Sie können wir nicht ge- brauchen.“ Da epinnert sich der müde und mütt gefetzte Berg- mann, daß die Arbeitsbücher seiner Kollegen stets mit blauem Stempel unterzeichnet waren; während das seinige einen roten zur Schau trug. Danach ist wohl kaum zu bezweifeln, daß hier eine Verurtheilung gräßlicher Art vorliegt. Was soll nun der erwerb- und brotlos gemachte Arbeiter thun? Sollen wir den Fall, des Arbeiters, wie es jetzt vor- liegt, schon bereits in Kraft, wie will der Mann der Bergwerks- Direktion Hainichen beweisen, daß sie den „Zweck“ verfolgt habe, ihn um die Arbeitsgelegenheit zu betrügen? Die Bergwerks- Direktion erklärt, daß sei nicht wahr, der rothe Stempel sei zu- fällig gebraucht und es sei besonders, persönliches Pech des Bergarbeiters, wenn ihm in einer großen Anzahl von Pöchen seine Arbeit gewährt wurde.“

Man sieht, wie wohl begründet der Antrag der Sozial- demokraten war, dahingehend, daß die Arbeitergenossen mit seinem Merkmale zu versehen sind, welches zum Zweck hat oder geeignet ist, den Arbeiter in einer aus dem Wort- laut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen“. Die Mehrheit des Reichstags hielt einen derartigen Schutz des Arbeiters für unnöthig und verwarf den Antrag. —

Ein unerwartet günstiges Resultat für unsere öster- reichische Bruderpartei brachte der heutige Wahltag. Eine uns aus Reichenberg zugehende Privatdepesche meldet:

„In Reichenberg-Stadt waren unter 1441 abgegebenen Stimmen 222 sozialdemo- kratische, in Warnsdorf erhielten wir von 2077 abgegebenen 471, in Gabeln-Stadt von 1549 abgegebenen 282 und in Teichsen-Stadt von 1771 abgegebenen 478.“

Dieses Resultat zeigt, daß unsere Ideen in Oesterreich schon sehr festen Boden gewonnen haben, denn wenn wir bei einem Zensuswahlrecht, das über zwei Drittel der in Deutschland Wahlberechtigten vom Wahlrechte ausschließt, solche Erfolge zu verzeichnen haben, dann gehört uns das Proletariat sicher ganz.

Veranlaßt durch einen Protest der französischen Outmacher-Organisation gegen die Zusammenfassung des Obersten Arbeitsraths stellte Genosse Ferroull, wie wir bereits mitgeteilt, in der Kammer den Antrag, daß die Hälfte der Mitglieder des „Obersten Arbeitsraths“ von den Gewerkschaften, Arbeitsbörsen und übrigen Arbeiter- organisationen gewählt werden sollte. Die Dringlichkeit wurde jedoch mit 291 gegen 148 Stimmen verworfen, was einer Ablehnung gleichkommt. Der „Socialiste“ theilt die Rede Ferroull's zur Begründung des Antrags sowie seine Ansprache auf die Einwendungen der Gegner mit. Wir geben beide Reden in der Uebersetzung:

I. Meine Herren, als es sich darum handelte, den obersten Arbeitsrath einzusetzen, hatte der Herr Handelsminister zwischen zwei Vorschlägen zu wählen: dem Beispiel der Schweiz und Belgiens und dann einem nationalen oder kaiserlichen Bei- spiele. Der Herr Minister hat dies letztere vorgezogen und einen obersten Arbeitsrath ernannt, wie der Kaiser seinen Senat zu ernennen pflegte. — durch Dekret.

Die Schweiz und Belgien werden das Wahlverfahren an- zu der Schweiz wird das Arbeitssekretariat von der Ge- samtheit der Arbeitervereinigungen gewählt und vom Staate befohlen.

In Belgien werden die Industrie- und Arbeitsräthe direkt von den Arbeitern ernannt. Weiter fällt mir auf, und ich er- laube mir die Kammer darauf aufmerksam zu machen, daß Niemand daran denkt, in den obersten Handels- und Industrie- rath, welcher über die Interessen der Unternehmer und des Kapitalismus zu wachen hat, einen Arbeiter einzuführen; warum schafft man also für den Arbeitsrath eine Majorität von Unter- nehmen und Kapitalisten?

macht und im Weitergehen fragte er: „Gelt, Du nimmst keinen alten Mann, wie die Afa?“

„Ach Du, mein Herrgott, ich weiß auch gar nicht, wie sie es hat thun können,“ versetzte Stasi zögernd, denn sie wollte eigentlich gar nicht mehr mit ihm reden. „Wenn Eins so bildhafter ist wie sie —“

„Dah,“ unterbrach er sie geringschätzig. „Nein, das ist doch gewißlich wahr,“ gerieth sie in Eifer. „Und ich kann sie in der Kirche nimmer genug an- schauen.“

„Aber ich weiß Eins, die ist tausend Mal schöner wie sie,“ versetzte er mit gedämpfter Stimme und als sie ihn darauf fragend anblickte, fuhr er fort: „In Deiner Kammer, da hängt ein Spiegel an der Wand, wann Du den fragst, der wird Dir sagen, wie sie geheißen ist.“

„Jetzt, gar,“ rief sie verwundert. „Wann's die Stasi Larzeit dem Spiegel nicht glauben will, dann sag' ihr: ich hab's gesagt, und der Ambros Falkner lügt nicht,“ flüsterete er, sich zu ihr beugend.

„Geh' doch,“ flötete sie weinerlich. „Es ist schlecht von Dir, daß Du mich narrest. Ich hab' Dir nichts zu Leid gethan.“

„Ja, ein Narrel bist und ein liebes,“ sagte er zärtlich. „Ist's denn ein Schimpf für eine Gitsche, wann sie hübsch ist? Mir gefällt keine so wie Du.“

Er legte den Arm um sie und drückte sie an sich und sie ließ es im ersten Augenblick geschehen. Ihr Ohr hatte dergleichen Süßigkeit noch nie getrunken und sie war davon wie betäubt. Dann aber drängte sie ihn mit dem Ellen- bogen entschieden von sich, ließ den hübschen Kopf noch tiefer auf den Busen sinken und begann zu weinen. Sie war überzeugt, daß er seinen Spott mit ihr trieb, sonst hätte er ein so unbedeutendes Ding wie sie nicht mit der schönen Afa vergleichen können. Nur um einige Jahre jünger als diese war sie.

Ambros drehte ärgerlich über ihre Thränen an seinem Schnurbarte, denn er mißdeutete die Ursache derselben. Noch hatte es ihm keine Dime übel genommen, wenn er sie einmal umfaßt hatte. Sie hatten ihm vielleicht mit lachendem Munde ein schneidig Wort gesagt, aber Thränen!

„Was weinst denn?“ rief er. „Der Bub und das Madl, die gehören zusammen, das hat unser Herrgott schon selber so gesagt. Schau, wie dort die Gitsche an den Jager- bus sich anschmiegt.“ Er deutete auf den Peilerkopf, der sich vor ihnen in Säden mächtig emporzuheben begann. Der nackte Kalkstein gleich in der Nachmittagsbeleuchtung wirklich einem härtigen Männerkopfe, an dessen linke Wange sich ein kleineres, hartloses Gesicht lehnte. Stasi folgte der Weisung und lächelte.

„Die haben einander lieb schon so lang als die Welt steht, und werden's nimmer müd,“ jagte Ambros.

Wieder legte er seinen Arm um Stasi und sie murmelte bekommen: „O, ich bit' Dich.“

„Ja, und mir ist's, als hör' ich ihn jauchzen vor Lust,“ rief er, und stieß selbst einen Jauchzer aus, daß es von den Bergen widerhallte.

Ein nicht minder kräftiges: „Juch! Juch!“ antwortete, und das Paar prallte betroffen aneinander. Der Auf- schall wie vom Peilerkopf her, jedoch mußte der Kuser ganz nahe sein und nur die Windung der Straße entzog ihn den Blicken.

„Das kann doch der Jerg nicht sein, der muß jetzt ja schon über Palsrad hinaus sein,“ äuperte Ambros und be- eilte seinen Schritt.

Stasi blieb stehen und wartete auf den Ohm.

Der Kuser war aber wirklich der junge Arigaya und als Stasi und David die Straße vor ihnen übersehen konnten, da gewahrten sie ihn, Bisei und Afa, wie sie neben dem auf der Straße haltenden Wagen standen und Ambros entgegenschauten.

„Jetzt wird's lustig,“ sagte dieser zu sich selbst und die Stimme erhebend, fragte er was es gebe?

Das Pferd hatte sich einen Stein zwischen Eisen und Auf des rechten Vorderjuges getreten, wo er so fest stat. daß er ohne Werkzeug nicht zu entfernen war. Der Unfall hatte sich schon vor einiger Zeit ereignet, und da das Pferd infolge dessen lahmt, so waren die Passagiere aus dem Wagen gestiegen und zu Fuß weiter gegangen. In dem kleinen, einsamen Wirthshause von Palsrad, das in ge- ringer Entfernung vor ihnen, fast auf der Scheitelhöhe der

nun steiler ansteigenden Straße lag, hoffte Jerg ein Stemm- eisen und einen Hammer zu finden. Auf Ambros' Jauchzer hatte die Gesellschaft halt gemacht. Bisei schlug bei dem Er- scheinen ihres Bruders verwundert die Hände zusammen und auch Afa öffnete ihre schönen, schwarzen Augen weit. Als sie aber hinter Ambros dessen beide Wanden- gefährten gewahrte, wandte sie sich ab und preßte die dunkelrothen Lippen unmutig zusammen. Jerg, ihr Stief- sohn, strich sich mit heimlichen Lachen das etwas lange und spitze Kinn.

Ambros grüßte unbefangen und ließ sich von Jerg den Schaden zeigen.

„Also doch ins Garn gegangen,“ flüsterete Jerg mit einem Zwinkeln seiner kleinen Augen, während er den Vorder- fuß des Pferdes in die Höhe hob, den Ambros aufmerksam untersuchte.

„Dabei ist vorläufig nichts zu machen,“ sagte er laut, und Jerg lachte über die zweideutige Antwort.

„Aber wo kommst Du denn jetzt erst her?“ fragte Bisei. „Wir hatten gemeint, daß Du längst voraus wärest. Wir haben in St. Lorenzen auf Dich gewartet und ge- wartet.“

„Und jetzt bin ich holt da,“ versetzte er kurz.

Bisei sah nach Stasi und wasf dann ihrem Bruder einen vorwurfsvollen Blick zu.

Stasi hatte die Augen gesenkt und verzögerte ihren Schritt so sehr sie konnte. Was mußten Bisei und die junge Müllerin von ihr denken? Die Wangen brannten ihr. Und Ambros und Bisei standen immer noch auf der Straße, während Jerg mit dem lahmen Pferd sich bereits in Be- wegung gesetzt hatte und seine Stimmutter ihm folgte.

„Warum gehst Du denn nicht?“ fragte Ambros unge- duldig seine Schwester, gleich ihm eine hohe, schlanke Gestalt, aber sonst ihm nicht ähnlich. Sie war blond und nicht hübsch, auch älter als ihr Bruder.

„Ich warte auf die Stasi Larzeit,“ antwortete sie ge- lassen. „Aber ich bit' Dich, Groß, Du hast der Frau Arigaya kein Wortlein gesagt, und sie hat uns Beide doch eingeladen, mit ihr nach St. Lorenzen zu fahren. Was muß sie bloß von Dir denken?“ (Fortsetzung folgt.)

Rechtmässigerweise müssten dem hier die Verhältnisse voll- kommen entsprechen, und jedenfalls mindestens Gleichheit, wenn nicht Majorität der Arbeiter herrschen. Ich will diese Fiktion nicht länger ausdehnen und nach diesen Bemerkungen habe ich die Ehre folgenden Gesetzentwurf einzubringen:

Der oberste Arbeiterrat wird mindestens zur Hälfte aus Mitgliedern zusammengesetzt, welche die Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen gewählt haben.

Ich beantrage Dringlichkeit.

II. Meine Herren, die Erklärungen des Herrn Ministers in Betreff der Erneuerung des obersten Arbeiterrathes werden durch die Praxis selbst widerlegt. So wird z. B. der oberste Rath des öffentlichen Unterrichts von Lehrern, der oberste Kolonialrath durch die Kolonisten ernannt; ich sehe keinen Grund, hier eine Ausnahme zu machen.

Was das Verlangen der Dringlichkeit betrifft, um die nach- zuforschen wir die Ehre haben, so bindet sich Niemand durch seine Abstimmung über dieselbe für später. Für Dringlichkeit meines Vorschlages stimmen, heißt gegenüber den Vorwürfen, welche erhoben worden sind, bei der Mäßigung, welche die Einsetzung des obersten Arbeiterrathes in der Arbeiterwelt gefunden hat, erklären, daß es an der Zeit ist, das Gesetz, welches ihn einsetzt, nochmals durchzugehen; heißt erklären, daß es nach den gemachten Beobachtungen — und einige sind von dieser Tribüne aus ziemlich genau wiedergegeben worden — an der Zeit ist, auf diese Art der Einsetzung des obersten Arbeiterrathes zurückzukommen.

Und endlich kommt da vielleicht noch unsere Würde in Frage. Sollen wir die Ersten, welche diese Erneuerung der Er- neuerung des obersten Arbeiterrathes durch die Arbeiter selbst verlangen, so könnten Sie vielleicht noch diskutieren und für die Zukunft Vorbehalte machen. Aber die Zukunft, meine Herren, ist ja schon die Gegenwart für die Schweiz, für Belgien. Sollen wir so entartet sein, daß wir, von denen man sagt, daß sie an der Spitze der Nationen ständen, von weitem der Schweiz und Belgien folgen, die kleinen Nationen vor uns dulden müssten? Das ist doch eine Würdefrage.

Wenn wir vor allen anderen Dilemmen reif waren für das allgemeine Stimmrecht, so liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß wir uns desselben seitdem nicht werth gesetzt haben, und daß die Arbeiter, welche Schiedsrichter, Vergarbeits- Delegirte, Abgeordnete, General- und Gemeinderäthe ernennen, nicht vollkommen fähig sind, auch Delegirte für den obersten Arbeiterrat zu ernennen. Ihm wird man Schriften mit den Beschwerden und Forderungen der Arbeiter vorlegen, in ihm wird es eine wahrhaft ernste Arbeit geben; aber dazu braucht man Vertreter der Arbeiter und keine Vertreter des Ministers. (Sehr gut! sehr gut! auf mehreren Banken der äußersten Linken.)

In Paris herrscht neuerdings große Aufregung, weil die Regierung den Muth hat, gegen die Skandalösen Wetten bei Wettrennen scharf vorzugehen und eventuell sogar ein Verbot der Wettrennen auszusprechen beabsichtigt. Wahrscheinlich wird aber Herr Constant, der den Arbeitern gegenüber das schneidige Ansehen liebt, der Bourgeoisie zu Liebe mildere Saiten aufziehen und das Hauptvergnügen und die Hauptarbeit eines Theiles der reichsten Bourgeoisie, das Wetten, wieder gestatten.

Vorgestern fand zwischen russischen Gendarmen und auswandernden Bauern, welche bei Szegedyn die ge- fohrene Weichsel überschreiten wollten, ein blutiger Kampf statt. Mehrere Auswanderer erlitten, andere wurden unter Kofalenesforten zurücktransportirt.

Durch solche Maßnahmen werden die auswandernden Bauern nicht zu größerer Liebe zu ihrem Vaterland erzo- gen werden, und die Ursachen der Auswanderung werden dadurch nicht aus der Welt geschafft werden.

Der früher zum Tode verurtheilte, dann nach Jahren der Verbannung begnadigte und jetzt zum serbischen Minister- präsidenten avancirte Herr Paschic hat sein Meisterstück als Reaktionsrührer geleistet, indem er das serbische Parlament zur Auslieferung des Abgeordneten Stanojevič bewog, der weit weniger gethan hat als Herr Paschic in jüngeren Jahren. Der ausgelieferte und nunmehr verhaftete Ab- geordnete hat in einem Flugblatte das skandalöse Leben des Königs- paares beleuchtet und daraus Schlüsse über den Werth der jetzigen Regierungsform in Serbien gezogen. Herr Paschic, der Attentate und eine Revolution geplant hat, vernichtet jetzt die Immunität von Abgeordneten wegen eines Flugblattes. So entwickeln sich die Menschen!

Seitens des Sekretariats des Kolonialamts wird die Londoner Agentur des Depeschensbüreaus „Herald“ davon in Kenntniss gesetzt, daß, obwohl für Auswanderer nach den südlichen Provinzen Brasiliens auf englischen Schiffen freie Fahrt gewährt wird, dennoch vor britischer Aus- wanderung nach San Paulo nachdrücklichst zu warnen sei, da die dortigen Verhältnisse keineswegs dazu angethan seien, englischen Auswanderern ein nur einiger- maßen erträgliches Leben zu bieten.

Das „St. Louis Tageblatt“ berichtet uns dahin, daß wir es mit Unrecht unter den Anklägern Schewitsch's ge- nannt haben. Möglich, daß wir uns geirrt und das „St. Louis Tageblatt“ mit dem „Philadelphiaer Tagebl.“ verwechselt haben. Der Artikel, um den es sich handelt, war gegen das Organ Kappaport's in Indianapolis ge- richtet, der Schewitsch's Handeln mit „Mäßigkeit“ ent- schuldigt hatte. Uebrigens sagt auch das „St. Louis-Tage- blatt“, welches die „Spindel-Verleumdung“ — der der „Vorwärts“ in seiner Notiz über Herrn Schewitsch Er- wähnung that — als „absurd“ und „unqualifizierbar“ be- zeichnet.

Das ändert freilich Nichts an denjenigen Anklagen, welche wir hauptsächlich gegen Herrn Schewitsch (in Bezug auf dessen Parteithätigkeit in Amerika) erhoben haben; nur sehen die- selben mit der vorliegenden Angelegenheit in keiner Ver- bindung.

Wäre die „New-Yorker Volks-Zeitung“ von vornherein offener gegen die Gesin- nungsgenossen bezüglich des Weggangs Sche- witsch's gewesen, so wäre auch ihr der durch die Vergangenheit nur zu begründete Vor- wurf des Verleumdungs-Versuchs, über den sie sich jetzt beschwert, erspart geblieben.

Das ändert freilich Nichts an denjenigen Anklagen, welche wir hauptsächlich gegen Herrn Schewitsch (in Bezug auf dessen Parteithätigkeit in Amerika) erhoben haben; nur sehen die- selben mit der vorliegenden Angelegenheit in keiner Ver- bindung.

Das ändert freilich Nichts an denjenigen Anklagen, welche wir hauptsächlich gegen Herrn Schewitsch (in Bezug auf dessen Parteithätigkeit in Amerika) erhoben haben; nur sehen die- selben mit der vorliegenden Angelegenheit in keiner Ver- bindung.

denkunsfähige Leser berechneten Taktik, die durch die kapitalistische Wirtschaftsverordnung bewirkte Verarmung des Eigenthums und der persönlichen Freiheit der Sozialdemokratie zur Last zu legen, der es auch Abneigung gegen die Arbeit vorwirft, sowie den Wunsch unterschiebt, durch Streiks ein Wohlleben der Agitatoren zu ermöglichen. Das Flugblatt appellirt an die „Vaterlandsliebe“ (natürlich diejenige, welche auf eine betriebende Existenz für sich und ihren Aeltern der Vaterlandsangehörigen verzichtet) und sacht seine politischen Rathschläge an Bürger und Arbeiter dahin zusammen, daß es gelte, das „soziale Königthum“ zu unterstützen. Das „soziale Königthum“ erscheint in der Darstellung des Flug- blattes als allen sozialdemokratischen Forderungen von Grund aus abgeneigt. Komisch ist, daß der Verfasser seine jedem Deutschen seit dem 20. Februar ohne das Niemand mehr vom Anderen wissen. Der 20. Februar ist nach der Meinung des Verfassers „kein Ruhmestag in der deutschen Geschichte“ und kein „Junge“ könne auf den Tag einmal stolz sein. Es ist jedenfalls schade um das Papier, das für die angeblich 110 000 Flugblätter ver- wendet worden ist.

Verfassungskongress in Hesse. In der Darmstädter Kammer ist das Unglaubliche möglich geworden, daß eine nationalliberale Majorität das Regieren dem Ministerium sener macht. Der Herr sind so viele unter dem halben Hundert Volkswortreter, daß sie sich gelegentlich dem Luxus divergierender Meinungen gefaßt können, und dann hält es den Ministerial- rathen nicht leicht eine Majorität nach Wunsch zusammen zu bringen. In der Sitzung vom 8. März mißlang es sogar gänzlich, obwohl der Finanzminister nach berühmten Mustern das rothe Gespenst führte. Zur Debatte stand bei der Staats- beratung der Einnahmeposten von 285 000 M. für Weinsteuer. Diese Steuer, erst seit 1875 eingeführt, ist in der Provinz Rhein- hessen, in der viel Wein konsumirt wird, natürlich bei der ganzen Bevölkerung verhaßt, in den übrigen Provinzen nur bei dem kleinen, aber einflussreichen Kreise der Wirthe. Der ihr zu Grunde liegende steuerpolitische Gedanke ist freilich auch im möglichst falscher, denn er belastet alle Weine, vom hochfeinsten Nieheimer bis zum lauesten Pfälzer nur beim Verkauf in Gebinden unter 40 Liter mit einer Steuer von 60—70 M. pro Hektoliter. Hierdurch kommt es vor, daß Wirthe, die ihre Weine nur in geringen Quantitäten beziehen können, ihn bei heftigen Produzenten mit 30—40 pCt. des Werthes theurer bezahlen müssen, als bei außerhessischen. Da sie die Steuer natürlich beim Aus- schank noch einmal in gleicher Höhe entrichten müssen, wird das Getränk dann, bis es an den Konsumenten kommt, um mehr als 50 pCt. vertheuert. Die kleine aber sehr eifrige Fraktion der Sozialdemokratie im hessischen Landtag hat nun begreiflicher Weise diese Steuer immer zum Gegenstand ihrer Angriffe gemacht und viele nationalliberale Vertreter sehen sich gezwungen, um diesen gefährlichen Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen, sich gleichfalls gegen die Weinsteuer zu wen- den. Finanzminister Weber erklärte in der Debatte die Unzu- friedenheit, welche die Steuer hervorzurufen soll, für ungerech- fertigt; auch unter den Beamten herrscht Unzufriedenheit wegen zu schlechter Bezahlung, und um diese nicht erst in die Arme der Sozialdemokratie zu treiben, müsse man die Gehälter erhöhen, wozu der Ertrag der Steuer notwendig sei. Abg. Joelt hielt ihm entgegen, daß die Sozialdemokraten die dreifache Erhöhung der unteren Beamtengehälter bewilligen werden, denn einige hundert Mark mehr oder weniger Einkommen würde Niemanden hindern und Niemanden antreiben, Sozialdemokrat zu werden. Abg. Ulrich verlangte als Ersatz des Ausfalls des Ausbaus der progressiven Einkommensteuer, die nur bis zu einem Ein- kommen von 21000 Mark wachse, von da ab sogar unter den letzten Stufen der Progression bleibe. Das Resultat der Abstimmung war die Ablehnung der Steuer mit 28 gegen 17 Stimmen. Finanzminister Weber bestritt der Kammer das Recht, die Steuer abzulehnen, da sie durch Gesetz zu Stande gekommen sei und nur unter Zustimmung aller legislativischen Faktoren wieder abgeändert werden könne. Der Minister ist zweifellos insofern im Recht, als die Kammer die Weinsteuer nicht aufheben kann, aber andererseits können auch in der nächsten Finanzperiode die Fälle dieser Steuer nicht erhoben werden, denn der Art. 67 der hessischen Verfassung bestimmt:

„Ohne Zustimmung der Stände kann keine direkte oder indirekte Auflage angedrungen, oder erhoben werden.“ Die Beschlüsse der 2. Kammer kann die erste nur im Ganzen annehmen oder ablehnen. Hiernach ist klar, daß die Weinsteuer durch die Ablehnung der 2. Kammer zwar noch nicht abgeschafft ist, da hierzu auch die Zustimmung der ersten Kammer und die Sanction des Groß- herzogs gehört, aber sie bleibt, wenn beide Faktoren sich nicht zu diesem Schritt entschließen, ein Meffer ohne Klinge, dem der Stiel fehlt.

Braunschweig, 3. März. Wegen des Festblattes „Ab- schied vom Sozialistengesetz“ war gegen den Genossen E. Kossok Anlage erhoben. Die auf Gotteslästerung gerichtete Anlage wurde, wie bereits mitgetheilt, vom hiesigen Landgericht zurückgewiesen. Dasselbe ist jetzt auch bezüglich der hiergegen er- hobenen Beschwerde der Staatsanwaltschaft seitens des Ober- landesgerichts zu Braunschweig geschieden. Es sind nunmehr die am 7. Oktober beschlagnahmten Exemplare freigegeben.

Gelsenkirchen. Dem hier grassirenden Typhus ist auch der Schriftführer des alten Bergarbeiter-Verbandes Beckmann zum Opfer gefallen. Die Verdringung, welche sich zu einer großartigen Demonstration der hiesigen Arbeiter gestaltete, fand am Sonntag statt. Viele Tausende beteiligten sich am Reizenszug; Kränze, an denen rothe Schleifen befestigt waren, füllten zwei Wagen. Gendarmen war mahenhaft erschienen; sie war stiller Zeuge, wie die Arbeiter ihre Todten ehren.

Arnberg. Die Bedrängung des Versammlungsrechtes ist an vielen Orten eine recht schlimme und um so schlimmer, als sie zum Theil direkt von Behörden ausgeht. Es ist daher erfreulich, wenn gelegentlich die Behörden den Behörden einen Streich durch ihre Maßnahmen machen. Im verflochtenen Jahre erließ die Regie- rung zu Arnberg eine Polizeiverordnung, wonach in politischen Versammlungen Eintrittsgelder oder sonstige Geldbeiträge ohne Erlaubnis des Ortspolizei-Behörden nicht erhoben oder ein- gesammelt werden dürfen. Es waren Strafen bis zu 50 M. für die dem Verbot entgegengehandelt worden; eine gleiche Strafe sollte den Unternehmer und Leiter der Versammlungen treffen. Diese Polizeiverordnung war namentlich den Sozial- demokraten unbehagen, da ihnen dadurch der Ertrag der Zellen- sammlungen entging, der gewöhnlich die Kosten der Versammlungen decken mußte. Die Schöffengerichte haben auf Grund jener Verordnung vielfach Verurtheilungen eintreten lassen. Nun hat aber das Landgericht in Dortmund die Regierungs-Polizei- verordnung für nicht zu Recht bestehend erklärt, weil nach Artikel 30 der Verfassung derartige Vereinsangelegenheiten durch Gesetz geregelt werden müssen, nicht aber durch polizeiliche Ver- ordnungen.

Sulzbach, 3. März. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 2. März, Abendbl., läßt sich folgendes berichten: Aus dem Saargebiet, 1. März. Die in Sulzbach heute abgehaltene Versammlung der bergmännischen Grubenarbeitsmittler beschloß, nunmehr das Knapp- schaftstatut anzunehmen, aber auch 5 Vertreter zum inter- nationalen Bergarbeiter-Kongress nach Paris zu schicken und die Beschlüsse des letzteren abzuwarten. Dieser Bericht entspricht in seinem Theil durchaus nicht den Thatfachen. Es wurde vielmehr beschlossen, das Statut sei derart zu ergänzen, daß die jetzigen Knappschaf- tstatuten mit 1. April d. J. aus dem Amte anscheiden und vor-

her neue Aesthe zu wählen sind; das Statut sei dahin zu ändern, daß die Aesthen fortan auf 2 Jahre, statt wie bisher auf 5 Jahre zu wählen sind. Die weiteren Forderungen der Bergleute, wie dieselben in den Eingaben an den Minister und den Knappschaftsverband niedergelegt sind, seien von den neu- gewählten Aesthen zu verhandeln. Das Statut, nach welchem der Knappschaftsverband augenblicklich verfaßt, wurde nicht angenommen, vielmehr ausdrücklich abgelehnt. Die Beiträge zur Knappschafte werden zwar entrichtet, jedoch nicht unter stillschweigender Anerkennung des erwähnten Statuts, son- dern auf das zu erwartende neue Statut hin, für welches rück- wirkende Kraft bis 1. Januar 1891 gefordert wird.

In Frankfurt a. M. hat eine Volksversammlung den Be- schluss gefaßt, für die bevorstehenden Wahlen der Weisler zum gewerblichen Schiedsgericht nur Sozialdemokraten als Kandidaten aufzustellen. Die Versammlung macht für diesen Beschluß folgende Gründe geltend:

Wir haben die Pflicht, den Arbeitern diejenigen Personen als Kandidaten vorzuschlagen, die wir am geeignetsten hierfür halten. Beieignet zu einem Urtheil über gewerbliche Verhältnisse ist nur derjenige, welcher eine klare Vorstellung über das Ver- hältniß der Arbeiter zu den Unternehmern hat. Dieses hat — nach der Auffassung eines jeden Sozialdemokraten — nur derjenige, welcher den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen den beiden Klassen erkannt hat, also nur ein Sozialdemokrat. Des- halb können wir nur Sozialdemokraten aufstellen. Dies sollten wir aber auch nicht zu vertuschen suchen, sondern offen und frei aussprechen, indem wir erklären, daß wir nur Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins auf unsere Kandidatenliste setzen.

Neumünster, 2. März. Bekanntlich wurde am 24. Novbr. vorigen Jahres eine öffentliche Volksversammlung vom über- wachenden Polizeibeamten aufgelöst, weil ein Redner Betrachtun- gen anstellte über das „preussische Vereinsgesetz und die Thätig- keit der eine Versammlung überwachenden Polizeibeamten“. Der Vorsitzende der zirkulären Versammlung führte hiergegen Beschwerde an die königliche Regierung, worauf folgender Bescheid an den Beschwerdeführer zurückgegangen ist:

Schleswig, den Auf die Beschwerde vom 20. November v. J. eröffne ich Ihnen nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes, daß das Verfahren der die Versammlung am 24. November v. J. in Neu- münster überwachenden Beamten korrekt und gesetzmäßig war, und daß deshalb Ihre Beschwerde als unbegründet zurückzu- weisen ist.

Bei der Versammlung führte den Vorsitz der in einer vorher- gegangenen im „Konventgarten“ stattgehabten Versammlung er- wähnte provisorische Vorstand des sozialistischen „Allgemeinen Arbeitervereins für Neumünster und Umgegend“, es fand ferner eine Verlesung der Statuten des genannten Vereins statt, woran sich eine Debatte schloß, ob die Statutenberathung stattfinden solle oder nicht, und wurde zur Wahl eines festen Vorstandes des Vereins ge- schritten. Nach diesem Hergang unterliegt es keinem Zweifel, daß die stattgehabte Versammlung thatsächlich eine Versammlung des „Allgemeinen Arbeitervereins für Neumünster und Umgegend“, mithin eines politischen Vereins war. Wie die Versammlung von den Einberufern bezeichnet war, insbesondere ob als „öffentliche Volksversammlung“ oder sonstwie, darauf kann es nicht an- kommen.

Das Verlangen der Entfernung einer anwesenden Frauen- person, welches übrigens erst gestellt wurde, als die Versammlung die Statuten des Vereins angenommen hatte, war daher auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 be- gründet.

Was die stattgehabte demnächstige Auflösung der Versam- lung anlangt, so ist auch diese zu Recht erfolgt. Es ist zunächst für die Haltung der Versammlung bezeichnend, daß von mehreren Rednern das von dem überwachenden Beamten gestellte Verlangen der Aufhebung einer Frauensperson zum Gegenstand einer öffent- lich erörterten Kritik gemacht wurde. Wäre es der Versammlung beim deren Leitung darum zu thun gewesen, ihrerseits für Ruhe und Ordnung einzutreten und Tummel zu vermeiden, so würde dies unterblieben sein, zumal es wohl Niemand zweifelhaft war, daß der Weg der Beschwerde offen stand, der nunmehr auch beschritten worden ist.

Der weitere tumultuarische Verlauf der Versammlung, das Schreien, Herantreten von mehreren Seiten an den Tisch des überwachenden Beamten, Rufe wie „Schneid ihn raus“ u. dgl. läßt deutlich erkennen, daß die Auflösung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig war, indem hier in der That ein Mißbrauch des Versammlungsrechtes vorliegt, welches das Gesetz vom 11. März 1850 verhindern will. Die Auflösung ist daher zu Recht erfolgt.

Der Regierungspräsident, (Unterschrift.)

Ob der Beschwerdeführer sich mit diesem Bescheid zufrieden geben wird, ist wohl nicht anzunehmen.

Aus Nürnberg wird geschrieben: Als Kuriosum darf man es wohl bezeichnen, daß anlässlich von Reserve-Einziehungen die Firma Wörlein u. Co. dahier, die bekannte sozialdemokratische Druckerei, in deren Verlage auch Grillenberger's „fränkische Tagespost“ erscheint, mit sechs Mann Einquartierung vom 14. Inf.-Reg. bedacht worden ist. Während man Gastwirthe- schaften, in denen Sozialdemokraten verkehren, mit dem Militär- verbote belegt, legt man hier militärische Einquartierung direkt in die „Höhle des Löwen“.

Briefkasten der Redaktion.

G. 100. Sie können nur beim Amtsgericht Ihre Geld- forderung zur Konkursmasse anmelden, erhalten aber nur die Quote, welche auf alle Gläubiger entfällt.

Nr. 100, Kreuzberg. Das beruht auf einer Verwechslung Ihrerseits. Sie haben offenbar nur bei Ihrer Aufnahme in eine städtische Anstalt unterschrieben, daß Ihnen das eventuelle Erb- recht der Stadt bekannt gemacht worden ist. Die Erbrechte Ihrer Frau werden dadurch nicht beeinträchtigt.

R. G. 77. Ihre Anfrage ist trotz der Ausführlichkeit nicht recht klar. Zu mündlicher Auskunft wir bereit.

A. 1500. Der Borrourf des Diebstahls enthält eine Be- leidigung, außer wenn derselbe in Wahrung berechtigter Interessen erhoben wird. Ob nicht letzteres, die Strafbarkeit ausschließender Fall vorliegt, kann man ohne Kenntniss der genaueren Einzelheiten nicht beurtheilen.

R. R., Langestr. 1. Pflichtheil ist derjenige Theil der einem gesetzlichen Erben zukommenden Erbschaft, welcher, wenn nicht besondere Unterbungsgründe vorliegen, durch Testament dem Erben nicht entzogen oder geschmälert werden darf; im Ver- hältniß von Mutter und Sohn beträgt der Pflichtheil der Erbschaft die Hälfte des ihr nach dem Gesetz — d. h. wenn kein Testament vorhanden ist — Zukommenden. 2. Die Schwiegertochter hat kein gesetzliches Erbrecht gegenüber den Schwiegereltern.

V. S. 124. Wenn Sie in eine Werkstatt, in welcher Sie erst kurz zuvor gearbeitet hatten, wieder eintreten, so gilt die früher getroffene Vereinbarung, daß keine Kündigung stattfindet, als von Neuem getroffen.

Friedrichshagen. Die Auflösung des Reichstags ist an keine Zeitbestimmung gebunden.

B. W. 73. Schiden Sie zunächst einen Zahlungsbefehl.

C. A. Burgstr. Sie haben Recht. Die Leute haben wirk- lich kein Herz im Leib.

Nr. 28. Es wird jährlich festgesetzt. Erkundigen Sie sich bei der Steuer- und Einquartierung-Deputation des Magistrats.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

„Bist Du Sozialdemokrat?“ Unter dieser Ueberschrift ist ein Flugblatt der D. Verleih in Hamburg erschienen, ange- sichts in 110 000 Exemplaren. Das Flugblatt bezieht sich auf

Theater.

Donnerstag, den 5. März.
Opernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Kessing-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Das alte Lied.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
 Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Selgett.
Reichens-Theater. Der seltsame Loupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellealliance-Theater. Otello.
Ostend-Theater. Heinrich Heine.
 Vorher: Der Präsident.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Wer.
 Donnerstag, den 5. März:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
 mit neuem, vorzüglichem Programm.
 Besonders hervorzuheben: **Damen-Hurdle-Race**, ger. v. 12 Damen. **Mr. Royal**, **Yodler**, **Posillos**, **Trak**, **Rapphengst**, in der hohen Schule ger. von Herrn **Ernst Schumann**. **Frl. Helene**, **Pirouetten-Virtuosin**. **Entrée** d. beliebten **Stowens** **Tanti** und **Olschansky**. Das **Schulferd Albert**, ger. von **Frl. Adele Schumann**. **8 Rapphengste**, in Freiheit vorgef. von Herrn **Mar**.
 Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
 Sensationelle Wasserpantomime.
Die Marionetten
 oder:
Täuschungen in ein Damen-Pensionat.
 Morgen: **Gr. Vorstellung**, neues Programm.
Die Marionetten.
 Sonntag 2 Vorst. Nachm. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
Circus unter Wasser.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Fraulein Liri Armani, schwedische Chansonette.
Umberto Bozza, Produktionen auf dem Piedestal.
Frl. Lilli Nora, deutsche Kostüm-Soubrette.
 Die berühmte **Borza-Truppe**, Parterre-Akrobaten.
Fr. Paul Jülich, Gesangs-Humorist.
Kathi und Papi Wolter, Gesangs-Duetten.
Ballet-Gesellschaft Menni, 6 Pers.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entrée Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion **A. Ködmann**.
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend**.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchentisch von **Vahnenhof**.
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit **Quartett-Sängern**,
 angeführt von dem Musik-Direktor **H. Saustleben**.
 Wochentags: **Frei-Concert**.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Sadtke.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22, 23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Nur 1 Mark.

Ragen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Civil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak**, jetzt **Kaupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.
Jüther-Unterricht Kölln. Fischm. 1. III

Große öffentliche Volksversammlung des 6. Wahlkreises

am Freitag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr,
 im **Stablissement Eiskeller**, Chaussee-Strasse Nr. 88.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen wir uns zum 1. Mai? Referent (siehe Freitag Säulen-Anschlag). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 838/3 **F. Schwabe.**

Große Volksversammlung

zu Gunsten des Vereins für die Reform der Schule und Erziehung
 am Freitag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale von „**Sanssouci**“, Rottbuser Strasse Nr. 4a.
Vortrag von **Frau Henrich-Wilhelmi** über: „Wissenschaftlicher und sittlicher Materialismus.“ Nach dem Vortrage freie Aussprache und Verschiedenes.
 Der Einberufer: **Otto Friederich**, Kleinbeerstr. 6.

Gr. Volksversammlung

am Freitag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Saale der **Brauerei Königstadt**, Schönhauser Allee.
 Tages-Ordnung:
 1. Die politische Lage. Referent: **Albert Auerbach**.
 2. Diskussion.
 3. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai.
 4. Verschiedenes.
 776/b **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Modelleure, Achtung! Gypsbildhauer und Studateure.

Die auf Dienstag, den 3. d. Mts., anberaumte Versammlung konnte Umstände halber nicht stattfinden; dieselbe findet best. im 1. statt am Freitag, 6. März, Abends 8 Uhr, bei **Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a**.
 Tages-Ordnung: 1. Der Werth und Nutzen der modernen Arbeiterbewegung gegenüber den Innungsbestrebungen. Referent: Herr **Bildhauer Dupont**. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten von der Berliner Bauhandwerker-Konferenz. 4. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.
 276/8 **Der Einberufer.**

Große öffentliche Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend

am Freitag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Feuerstein**, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu der Resolution der Delegirten der Berliner Bauhandwerker-Konferenz. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten zur Streit-Kontrollkommission. Das Komitee des Einsetzer-Vereins. 3. U.: **A. Schönberg**.
 145/4

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler.

Sonnabend, den 14. März, im **Konzerthaus Sanssouci**:

Grosser Wiener Masken-Ball

veranstaltet von Mitgliedern obiger Kasse.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 50 Pf.
 Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**
 Billets sind zu haben auf den Zahlstellen sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen, ferner bei den Herren **A. Ganko**, Forsterstr. 48, v. 4 Tr.; **Gustav Logan**, Skalitzerstr. 66, Hof 4 Tr.; **H. Pielocke**, Rottbuser Ufer 60, Hof 2 Tr.; **Rölling**, Rottbuser Damm 93, v. 3 Tr.; **R. Krüger**, Rantaustr. 67, Seitenstr. 3 Tr.; **O. Rasche**, Mariannenstr. 34, Hof 2 Tr. (112/2)

Großer Wiener Maskenball

veranstaltet von Mitgliedern der **Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. s. w.**
 (Eingefchr. Kasse Nr. 66)
 am Sonnabend, den 7. März,
 in **Renz' Salon**, Rannyn-Strasse Nr. 27.
 Freunde und Gönner sind höchst eingeladen, Billets sind zu haben bei **W. Schnitzer**, Rantaustr. 61a, Hof 1 Tr. 778/b

Castan's Panopticum.

Jetzt: **Friedrichstr. 165.**
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Gedfn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Welt-Restaurant.

97. Dresdenstrasse 97.
 Täglich Auftreten der **Norddeutschen Sängers** (7 Personen)
 sowie der Konzert-Sängerin **Fraulein Elise König** und **Geschw. Waldmann**.
 Auftreten des Herrn **Runkel**.
Berl. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
 Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der

Bock-Saison 1891,

verbunden mit gr. **Militär-Konzert**.
 Anfang:
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.
 Entlaufen 789/b
 ein klein braungelber Hund, Marke 4927, Abzugeben bei **Pieper**, Zimmerstr. 50.

Verlag des „**Vorwärts**“ Berliner Volksblatt,
 Berlin SW., Genthstraße 3.
 In unserem Verlage erschien soeben der dritte Neudruck von:
Zwei Reden
 zum
Reichshaushalts-Etat,
 gehalten von **August Bebel**
 im Deutschen Reichstag am 9. und 11. Dezember 1890.
 32 Seiten 8°. Preis 10 Pf., 100 Exemplare 8 Mk.
 Wir empfehlen obige Reden fortgesetzt den Parteigenossen als ausgezeichnete Agitationschrift. Sie ist von aktueller Bedeutung insofern, als die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung, die jeder am eigenen Leibe verspürt, darin eingehend beleuchtet wird.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,
 reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer**, S.-O., Köpnickestr. 25, nahe d. Köpnicke-Brücke.

Empfehle mein reichhaltiges Lager von
Cigarren und Tabacken.
Clara verw. Hasenclever
Chaussee-Strasse 49-50.

GESCHÄFTSHAUS S. HEINE
 Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und Elsasser-Baumwollwaaren.
 Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
Fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc.
Gardinen
 Neue stylvolle Muster in grosser Musterauswahl! Zwei-seitig gebogt und sauber gelüftet, Motor von 45 Pfg. an Abgepasst das Fenster (zwei Shawls) von 3,50 Mk. an
Gardinen-Reste
 für 1, 2 oder mehr Fenster passend, Ausserst wohlfeil.
 Neuheit in Tischdecken, Bettdecken, Sophadecken etc.

Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringersstr. 75.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Grösste Auswahl**. Garantiert **sicher brennende Cabaque**. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt**, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt. 774/b

Im Tuchgeschäft **Oranien-Str. 126. I.**
Herren- u. Einsegnungs-Anzüge, Paletots, sowie **Damenkleider etc.**
 Auf Wunsch auch gegen **Theilzahlungen**. 257/L

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren
 181 L empfiehlt **Julius Apelt**, **Sebastian-Strasse Nr. 27-28**. Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.
 Achtung Arbeiter! Massage-Unterricht (ärztliches Institut) **Abraham**, gepr. Massagelehrer, Dragonerstr. 48. Honorar 25 M. Anmeldung 5-7 Uhr. 702/b

Rechts-Bureau des Königl. Preuss. Amtsrichters a. D. **Alte Jakobstr. 102, II.** Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags.
Schlosserei zum Selbstverrichten, 16 Jahre in Betrieb, gute Brotschleife, sofort mit oder ohne Wohnung Forsterstrasse 56 zu übernehmen. 79 H
 Dirigent für einen neu gegründeten Gesangsverein nach Piano gesucht für Dienstag-Abend in **Wilmsdorf**. Offerten an **H. Colosse**, Declinerstr. 30. 787/b

Einsegnungs-Anzüge, weltberühmt durch ihre Billigkeit und Güte 10, 12, 15, 18, 20, 24 Mk. Prima.
„Goldene 110“, **Leipzigerstr. 110.**

Arbeitsmarkt.
 Werkführer **H. Fabril** v. **Kleinewissen** Zeug mit Dampftrieb findet Stellung, wenn gut empfohlen. Meldungen unter **R.R.** nimmt die Exp.d.V. entgegen. 788/b
 Gürtel-Gelehring verlangt **Fischer**, Adalberstr. 96. 793/b
 Schürzen-Arbeiterinnen verl. **Weyer**, Müggelstr. 1. 781/b
 Gebrüder, **Wagners** verl. **Wagner**, C. S. a. b. e. l., Schiffbauerdamm 19. 788/b
 Schleifer u. Posierer für **Horn** verl. **Wagner**, C. S. a. b. e. l., Schiffbauerdamm 19. 788/b
 Einen Maler-Gelehring verlangt **H. Schulz**, Simonstr. 15.
 Einen Tapezierer, der selbständig Kleber-Arbeit übernimmt, sucht **H. Schulz**, Simonstr. 15.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn**, Brunnenstrasse 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Steppdecken!!
 grösste Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefevres Fabrik**, Berlin, Oranienstr. 158. 277/L
 1 Posten m. kleinen reinw. **Schlafdecken** Reden. Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. **Werth das Doppelte!!**
 3 Linnr. Preisliste gratis u. franko.
 Entlaufen 789/b
 ein klein braungelber Hund, Marke 4927, Abzugeben bei **Pieper**, Zimmerstr. 50.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 4. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Vöttcher, Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz.
Die Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes für 1891-92 wird fortgesetzt bei der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

Die Budgetkommission (Referent Abg. Hammacher) schlägt die unveränderte Bewilligung des gesamten Etats der Reichs-Eisenbahnen vor. Die Einnahmen sind auf 54 962 000 M. veranschlagt, die Ausgaben für die Zentralverwaltung auf 62 500, die für die Betriebsverwaltung auf 34 581 000 M., der Ueberschuss auf 20 298 500 M. Von den einmaligen Ausgaben (6 970 000 M.) sollen nach dem Vorschlage der Kommission die für die Erbauung von Dienstwohnungen für Zugbeamte auf dem Bahnhof Saargemünd geforderten 100 000 M. in die Position für Erneuerung und Ergänzung der übrigen Bahnanlagen des Ordinarius eingeseht werden.

Abg. Brömel (Dfr.) bringt hier die wichtige Reform der Personentaxen zur Sprache, die auch in der Kommission behandelt worden ist auf Grund der besonders ungünstigen Ausnutzung der Personen- wie der Gepäckwagen auf den Reichseisenbahnen. Auch sonst läßt in Deutschland die Ausnutzung des Betriebesmaterials viel zu wünschen übrig; die Reichseisenbahnen aber liefern hier besonders unerfreuliche Resultate. Die Ausnutzung betrug nur 22,55, auf den alten deutschen Staatsbahnen immerhin 24,45 v. H. Die Reform ist auch dringlich wegen der Ueberhandnahme der Ausnahmetarife auf den Reichseisenbahnen. Alle Reformversuche wollen das bestehende Tariffsystem vereinfachen und dabei anknüpfen an die billigen Sätze für Rückfahrkarten und Rundreisehefte. Statistisch ist erwiesen, daß der Verkehr zu ermäßigten Preisen schon mehr als die Hälfte des gesamten Verkehrs umfaßt. Es entfallen darauf rund 55 v. H. aller Personenkilometer, die Einnahmen stellen sich auf 44 v. H. der Gesamteinnahme aus dem Personenverkehr. Die preussische Staatsbahn-Verwaltung hat nun mit den übrigen deutschen Verwaltungen Verhandlungen über die Vereinfachung und Ermäßigung der Tarife gepflogen und wird jetzt vorgeschlagen, Sätze von 2, 4, 6 Pf. pro Kilometer für die dritte, zweite und erste Klasse zu normieren. Auf den Reichseisenbahnen giebt es, wie auf den sidddeutschen Bahnen überhaupt Freigeleise nicht. Nun bedeuten jene Sätze für die einfache Fahrt eine nicht unerfreuliche Ermäßigung; bei den Rückfahrkarten giebt es eine Ermäßigung nur für die dritte Klasse, während die erste Klasse sogar eine Erhöhung erfahren würde. Bei den Schnellzügen liegt die Sache noch ungünstiger, weil 1 Pf. pro Kilometer zugerechnet werden soll. Bei den Rückfahrkarten würde sich daher die Ermäßigung in der dritten Klasse auf einen ganz winzigen Betrag reduzieren, in der zweiten und dritten würde eine Erhöhung eintreten gegen den bestehenden Tarif. Es ist ein wenig erfreuliches Ergebnis, daß bei diesen Verhandlungen nicht mehr herausgekommen ist, daß nicht eine Reform unter Vermeidung jeder Erhöhung und unter erheblicher Ermäßigung der bestehenden Sätze erreicht ist.

Die Verwaltungen gehen von der Ansicht aus, daß eine allgemeine Tarifierhebung, etwa von 10 v. H. einen Einnahme-Ausfall von 10 v. H. zur Folge haben würde. Diese Rechnung ist ein reines Phantasiegebilde, weil bis jetzt noch jede Verkehrs-Erhöhung eine Verkehrssteigerung in gesteigertem Maße zur Folge gehabt hat. Ist nun die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung gekommen, diese vorläufig vereinbarten Sätze für ihr Reich anzunehmen? Und wie wird die Reform des Gepäcktarifs sich gestalten? Der letztere ist allerdings nicht ganz so hoch wie der preussische, aber durchweg ganz unverhältnismäßig hoch, und die vorhandenen Gepäckwagen der Reichs-Eisenbahnen sind denn auch nur zu 1/4 v. H. ihrer Tragfähigkeit in Anspruch genommen worden. Eine unwirtschaftlichere Ausnutzung des Materials ist kaum zu denken. Was in dieser Hinsicht geschehen soll, ist in Preußen noch nicht bekannt geworden, und Aussicht seitens der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung über diese Frage wäre sehr erwünscht.

Der Vorschlag gleichmäßiger Tarife auf allen deutschen Bahnen ist nicht so hoch zu schätzen, als jede andere Reform in den Hintergrund treten zu lassen angesichts der Betriebsergebnisse und der Reformbewegung auf diesem Gebiete. In solcher Reform würde sich das abgeschlossene Netz der Reichs-Eisenbahnen am meisten eignen, diese könnten den Verwaltungen im Reich mit gutem Beispiel vorangehen. Muß denn überhaupt festgehalten werden an der Berechnung nach Kilometern? Man muß in irgend einer, wenn auch beschränkten Weise zu einer Art von Zonen-Tariff kommen, wie das schon der Satz von 2 Pf. pro Kilometer dadurch mit sich bringt, daß die Beträge immer auf volle 10 Pf. abgerundet werden müssen. Die ersten 5 Kilometer kosten demnach 10, die ersten 10 Kilometer 20 Pf., und so ergeben sich die Zonen von 5 Kilometern, allerdings sehr kleine Zonen. Man hat nun auch schon die Zonen-Einteilung nach je 10 Kilometern, nach Wagrametern in Erwägung gezogen. Unbestreitbar ist die Reform des Tarifs auf den ungarischen Staatsbahnen von eminentem Erfolge gewesen.

Referent Abg. Hammacher bemerkt, daß die Kommission dieses Referats in der Kommission sich dahin ausgelassen hätten, daß die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen die Reform in Anlehnung an die preussischen Maßnahmen erfolgen lassen werde; man würde andererseits ins Auge zu fassen haben, daß nicht durch Tarifmaßnahmen ein nachteiliger Einfluß auf die Verkehrsverhältnisse der benachbarten russischen und württembergischen Eisenbahnen ausgeübt werde. Die Verhandlungen schwebten und Definitives lasse sich noch nicht mitteilen.

Kommissar Geh. Rath Waderzapp bestätigt die Angaben des Referenten.

Abg. Krause (Dfr.): Aus der Verbilligung der Tarife in Ungarn hat der Staat einen erheblichen Gewinn gezogen. Wenn das in einem schwach bevölkerten und industrielozen Lande geschehen konnte, so sollte man sich an dieser Probe genügen lassen. Deutschland hat eine sehr dichte, sehr bewegungsfähige und erwerbsfähige Bevölkerung, alle Vorbedingungen sind damit gegeben, um dem Experiment der Einführung eines Zonen-Tariffs in irgend einer Form von vornherein den Erfolg zu sichern. Die Bevölkerung hat auch ein Recht darauf, von den Eisenbahnen größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Wenn wir billige Tarife verlangen, so thun wir das, nicht um eine Vergünstigung zu erlangen, sondern weil die Verwaltung die Pflicht hat, den Verkehrsinteressen auf jede mögliche Weise entgegenzukommen. Es ist nicht wahr, daß die Kosten des Betriebes mit der Entfernung nach 25 Kilometern entsprechend wachsen. In Ungarn ist als Einheitsmaß 25 Kilometer angelegt; unweifelhaft sind dagegen unsere Tarife unpraktisch hoch. Einen wirklichen Nutzen von der Reform werden wir aber bloß haben, wenn wir von keinen Ermäßigungen absehen und gleich in das volle hinein greifen. Man muß nur den Nutzen haben, mit fester Hand einen Tarif einzuführen, der solche Verkehrssteigerung nach sich zieht, daß man von vornherein an der doppelten Benutzung der Wagen gar nicht zweifeln kann. Ein

Widerspruch gegen die Verbilligung ist ausgegangen von den Industriellen Westfalens, welche aus den selbstthätigen Bestrebungen ihrer Ringe heraus befürchten, es könnte die Reform eine Herabsetzung der Gütertarife zur Folge haben, welche dem Publikum zu Gute käme. Auf eine solche Annahme, die an die unserer agrarischen Heißsporne erinnert, brauchen wir wohl keine Rücksicht zu nehmen. Eine Regierung, die wirklich den Kulturfortschritt will, darf nichts unterlassen, was den Verkehr beleben und sowohl Geschäft und Gewerbe der Bevölkerung, als auch den Genuß des Lebens fördern kann.

Abg. Fug (Konstanz, S.): Ich kann nicht wünschen, daß eine Reform selbständig von den elsaß-lothringischen Bahnen vorgenommen wird, sondern sie muß in Einverständnis mit den anderen Verwaltungen erfolgen. Die Herabsetzung der Tarife hat auch ihre Grenzen. In Baden ist die Verzinsung der Bahnschulden aus den Erträgen der Bahnen allein nicht möglich gewesen; es muß alljährlich im Etat eine bedeutende Summe zugeflossen werden. Bei einer Tarifreform dürfen also nicht bloß volkswirtschaftliche Rücksichten in Betracht kommen, sondern auch finanzielle; ich bitte daher die Reichsregierung, bei der Tarifreform auch die finanziellen Interessen der Einzelstaaten zu beachten. (Beifall im Centrum.)

Abg. von Stauffenberg (Dfr.): Die Frage kann hier nicht entschieden werden. Nach den bisherigen Resultaten des Zonen-Tariffs in Ungarn muß es doch sehr erwogen werden, ob nicht auch bei uns diese Form des Tarifs irgendwie adaptirt werden muß. Die von den Verwaltungen beabsichtigte Herabsetzung auf die von Brömel erwähnten Sätze soll doch jedenfalls den Einnahme-Ausfall nicht nur ausgleichen, sondern die Einnahmen noch erhöhen. Die ganze Bewegung ist nicht durch die absolute Höhe der Tarife entstanden, sondern durch die Wahrnehmung, daß unser Fahrmaterial bei Weitem nicht genügend ausgenutzt wird. Da ist nun zu beachten, daß im Winter die Ausnutzung viel geringer ist, als der Durchschnitt, während im Sommer häufig das Fahrmaterial nicht genügt. Das Personal wird beträchtlich zu vermehren sein, was auch nicht ganz leicht ausgeführt ist, ebenso werden die Geleise zu vermehren, die Bahnhöfe zu vergrößern sein, und alles dies wird beträchtliche Kosten machen. Die bayerischen Bahnen sind weitans zum größten Teil nur eingeleigt gebaut. Trotz aller dieser Gedanken erscheint es doch notwendig, wenigstens die doppelte Benutzung des Fahrmaterials in Aussicht zu nehmen und die Reformmaßregeln danach einzurichten. Giebt die Ermäßigung wegen ihrer geringen Höhe einen starken Anreiz zur verstärkten Benutzung der Eisenbahnen nicht, dann würde die ganze Maßregel verfehlt sein. Absolut muß vermieden werden, daß eine Erhöhung der bestehenden Sätze eintritt. Die Sätze für das Gepäck sind bis heute ganz außerordentlich und ungerechtfertigt hoch, namentlich im Vergleich mit dem Postporto. Für die Beförderung des Gepäcks kommt die Entfernung gar nicht in Betracht, und es ist mehr als ungerecht, für die Beförderung auf die hundertfache Entfernung den hundertfachen Preis zu erheben.

Abg. Graf Udo Stolberg: Der Reichstag ist der Eisenbahnfrage gegenüber in sehr schwieriger Lage, weil unser Verhältnis zum Eisenbahnwesen nur sehr platonischer Natur ist. Der für Preußen beabsichtigte Reformplan bleibt allerdings hinter dem zurück, was Viele davon erwarten; die öffentliche Meinung ist auch sehr eingenommen für die Einführung eines Zonen-Tariffs. Die Ausgaben sind übrigens in Ungarn nach Einführung dieses Tarifs viel mehr gestiegen als die Einnahmen, und überdies ist die Zeit der Einführung zu kurz, um darüber abschließend zu urtheilen. Ob er sich für Deutschland eignet, läßt sich noch gar nicht übersehen. Das Eintreten eines Defizits durch die Reform muß für Preußen durchaus vermieden werden; unter keinen Umständen dürfen wir Experimente machen. Die für Preußen geplante Reform scheint mir torrett und durchführbar; die Erhöhungen für einzelne Fälle sind noch nicht erwiesen, weil man doch erst die Ausführung abwarten muß. Die bisherigen Vergünstigungen hatten keine innere Berechtigung, weil die große Mehrheit der Bevölkerung daran nicht theilnehmen konnte.

Abg. Schrader (Dfr.): Wir haben es hier mit dem Reiche als dem Behälter der Reichseisenbahnen zu thun und somit ganz dasselbe Recht über diese Frage zu sprechen wie über alle anderen Fragen. Wenn freilich die Herren von der Verwaltung uns keine Auskunft zu geben für möglich halten, mit uns nicht diskutieren wollen, so möchte ich wissen, wenn das geschehen soll. Kommt die Vereinbarung zu Stande und führen auch die Reichseisenbahnen den neuen Tarif ein, so bleibt dem Reichstag höchstens eine nachträgliche Kritik übrig. So wird das gute Recht des Reichstages zu nichte gemacht. Ich sehe keinen Grund, warum nicht jetzt bei dieser Frage die Leistung der Sache wie früher bei der Verhandlung über die Gütertarifreform durch das Reich und sein geordnetes Organ, das Reichseisenbahn-Amt, erfolgt, welches ja jetzt erteillicherweise wieder einen Präsidenten hat. Gerade bei dieser Frage könnte das Reichseisenbahn-Amt sich wieder fest in den Sattel setzen und eine sehr wenig durchgreifende Reform zu einer wirklich nützlichen gestalten. Redner befürwortet im Weiteren den inzwischen eingebrachten Antrag Brömel: „Den Reichstagsler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht genommenen Reform der Personen- und Gepäcktarife auf den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen eine durchgreifende Ermäßigung der Tarifsätze und eine Vereinfachung des Tariffsystems unter Ausschluß jeder Erhöhung der bestehenden Sätze herbeigeführt wird.“ — Man kann in der That auf größere Einheiten bei der Berechnung der Billetspreise zurückgehen. Für den Nahverkehr müssen unter allen Umständen noch größere fürsorgende Maßregeln getroffen werden, um das Zusammenbringen der Bewohner in den großen Städten zu verhindern, und da ist hauptsächlich durch durchgreifende Tarifermäßigungen zu helfen. Auch für den weiteren Verkehr aber muß mehr gethan werden, als in dem preussischen Plan vorgesehen ist; eine gleitende Scala muß hier eingeführt werden.

Ministerialdirektor Fleck: Die Verhandlungen sind bisher von den einzelnen Verwaltungen gemeinschaftlich gepflogen und werden nach dem Wunsch der preussischen Regierung auch gemeinschaftlich zu Ende gehen. Es ist auch der Wunsch der preussischen Eisenbahn-Verwaltung, Erhöhungen nach Möglichkeit zu vermeiden oder sie auf solche einzuschränken, die ohne Belästigung des Verkehrs möglich sind. Aber solche Wünsche sind leichter ausgesprochen als erfüllt. Da wäre es mir denn doch lieber gewesen, wenn die Antragsteller ausgesprochen hätten, welche Tarifsätze sie meinen, die jede Erhöhung ausschließen.

Abg. Graf Stolberg: Der Antrag kommt uns überraschend, wir können uns nicht sofort darüber schlüssig machen. Ich beantrage deshalb, die Abstimmung bis zur dritten Lesung anzusetzen. Die Aufforderung des Herrn Schrader an das Reichs-Eisenbahn-Amt kann ich nicht billigen; ich möchte das Amt, wenn dies möglich sein sollte, davor warnen. Der materielle Einfluß der 24 000 preussischen Eisenbahn-Kilometer geht viel weiter als der moralische Einfluß des Reichseisenbahn-Amtes.

Referent Abg. Hammacher beantragt die Verweisung dieses wichtigen Antrages an die Budgetkommission.

Abg. Brömel ist damit einverstanden und spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Vertreter der Reichseisenbahn-Verwaltung es kurzer Hand ablehnen, hier im Reichstage Rede und Antwort zu geben. Die einzige Antwort, die darauf das Haus geben kann, mag die sein, den Antrag an die Kommission zu verweisen, aber direkt mit dem Auftrage, von der Regierung die erforderliche Auskunft zu verlangen. Geradezu unverständlich sei, wie der Ministerialdirektor Fleck den Spieß umkehre und von dem Reichstage positive Vorschläge verlange. Es kann nicht die Aufgabe eines einzelnen Abgeordneten sein, der eingesehen und bezahlten Verwaltung die Arbeit abzunehmen, während ihm nicht einmal das Material zur Verfügung steht. Ich muß mich dagegen ganz entschieden verwahren. Wenn Graf Stolberg dem Reichseisenbahn-Amt die Kompetenz abspricht, so übersteht er, daß 1874 die große Gütertarifreform gerade durch das Reichseisenbahn-Amt in die Wege geleitet worden ist und mit dem größten Erfolge.

Ministerialdirektor Fleck: Die verbündeten Regierungen sind sich ihrer Pflicht zur Initiative sehr wohl bewußt, sie haben die Sache entworfen, und der Abg. Brömel hat sie einer Kritik unterworfen. Da war es wohl nicht ganz unbedeutend, zu bitten, daß diese Kritik auch positive Vorschläge enthalte. (Zustimmung rechts.) Die Initiative vom Reichstag oder einem Mitglied aus denselben zu verlangen, liegt ihnen ganz fern.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz: Das Reichs-Eisenbahnamt hat sich bisher an den schwebenden Verhandlungen theilgehabt und wird sich weiter daran theilhaben; es wird seinen Einfluß, soweit es Verfassung und Gesetz zulassen, auch weiter zur Geltung bringen.

Der Antrag Brömel wird darauf einstimmig der Budgetkommission überwiesen, die Ausgaben für die Zentralverwaltung werden bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Betriebsverwaltung bringt Abg. v. Buel (S.) Klagen einzelner Kategorien von Eisenbahnbeamten hinsichtlich ihrer Bezüge zur Sprache und spricht die Hoffnung aus, daß die hervorgetretenen Ungleichheiten bei der völligen Durchführung der neuen Organisation der Dienst-Alterszulagen beseitigt werden. Redner empfiehlt ferner eine gleichmäßigere Behandlung der Beamten bezüglich der Wohnungsgeld-Zuschüsse.

Geh. Rath Waderzapp: Die Klagen rühren zum Theil von Beamten her, welche bei der letzten Gehaltserhöhung noch nicht berücksichtigt werden konnten. Die Frage der Wohnungsgeld-Zuschüsse kann begründeten Anlaß zu Beschwerden nicht geben; die Reichseisenbahnbeamten beziehen mindestens dasselbe wie die preussischen Beamten, zum Theil erheblich mehr. Abg. Höffel regt die rasche Durchführung eines besseren Verhältnisses zwischen den etatsmäßigen und den diätarischen Beamten der Bahnverwaltung an. Er verweist auf die in dieser Hinsicht im Vorjahre vom Reichstage angenommenen Resolution, deren Tendenz die augenblickliche Verteilung der Stellen zwischen den beiden Kategorien nicht gerecht wird. Die neuen etatsmäßigen Stellen im Etat sollen nicht diesem Zweck dienen, sondern sind durch die Vergrößerung des Verkehrs und die Ausdehnung des Netzes nöthig geworden. Für die nichttechnischen Bureaubeamten ist nichts vorgesehen. Darum hält sich auch die elsaßlothringer Jugend so sehr von diesem Erwerbszweige fern.

Geh. Rath Waderzapp: Die Kommission hat anerkannt, daß das gegenwärtige Verhältnis als ein relativ günstiges angesehen werden muß. Die Wartezeit der Diätarien beträgt im Durchschnitt fünf Jahre; ungünstiger ist das Verhältnis nur bei den Bureaubeamten. Die Verwaltung ist aber hier beim besten Willen nicht zur Aenderung des Verhältnisses im Stande. Zahlreiche dieser Beamten sind nämlich vorübergehend angestellt; für diese können etatsmäßige Stellen nicht eingerichtet werden.

Abg. Stolte (Soy.) leugnet die behauptete Steigerung der Löhne der Eisenbahnarbeiter und ersucht um den Nachweis, wünscht auch Auskunft über besondere Remunerationen und die Dauer der täglichen Arbeit.

Geh. Rath Waderzapp: Die Löhne für die Arbeiter werden von der Verwaltung nach den allgemeinen Verhältnissen des Landes festgesetzt, und betragen nicht weniger, sondern meistens etwas mehr als diesen Durchschnitt. Die Hilfsbremsen, Hilfsweichensteller, Güterbodenarbeiter u. s. w. haben durchweg eine Erhöhung ihrer Löhne zu verzeichnen, die Erfahrenen bis zu 10 v. H., und nicht erst durch Streiks. Die Arbeitszeit beläuft sich durchschnittlich auf nicht über 12 Stunden.

Abg. Stolte bittet, dafür zu sorgen, daß durch Mehrinstellung von Arbeitern die Arbeitszeit in keinem Falle mehr als 12 Stunden betrage, weil darunter die Sicherheit des Verkehrs leide. Daß die Lohnhöhe nicht erst durch Streiks habe erzwungen werden müssen, sei sehr anzuerkennen und den anderen Verwaltungen und den Privaten zur Nachahmung zu empfehlen. Die Erhöhung um 10 pCt. ist aber noch ungenügend, weil die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversorgung davon abgehen.

Bei Titel 23 „Erneuerung des Oberbaues“ bemerkt Abg. Richter: Ich möchte mir die Frage erlauben, was die Verwaltung für Erfahrungen gemacht hat in Bezug auf das Schienenkartell. (Ab! rechts.) Der Etat selbst weist auf die Erneuerung der Eisenpreise hin. Wie viele Tonnen Schienen zur Erneuerung gebraucht werden sollen, und welches die Einheitspreise dafür sind, ist nicht zu ersehen. Offenbar spielt die Frage aber auch, abgesehen von der Erneuerung des Oberbaues, eine Rolle im Extra-Ordinarius. Eine Anfrage ist also sehr gerechtfertigt gegenüber dem, was in den Zeitungen neuerlich über die Erfahrungen der preussischen Verwaltung verlautete. Bekanntlich bezieht eine Vereinigung der sämtlichen deutschen Werke, welche Schienen liefern, gegenüber den Eisenbahn-Verwaltungen. Dieses Kartell bestimmt unter sich, welches Werk die Schienen einer Eisenbahn liefern soll, die Bestimmung geschieht reihenweise; dem betreffenden Werke wird auch der Preis für die Submission vorgeschrieben. Andere Werke werden, um den Schein einer Konkurrenz zu erwecken, aufgefodert, Offerten zu machen, aber diese sind bloße Maske, denn die Forderungen sind von vornherein höher normirt. Für diese Offerten hat man den schönen Namen Schutzofferten gefunden. Da nun der Zoll auf die Tonnen 25 M. ausmacht, so ist die ausländische Konkurrenz nahezu ausgeschlossen. Trotzdem sollen in letzterer Zeit ausländische Werke die inländischen unterboten haben. Darauf soll Herr v. Raybach einem ausländischen Werke den Zuschlag erteilt haben, und als die Bochumer Fabrik davon Wind erfuhr, habe sie ihr Gebot unterboten. Der Minister habe aber den Zuschlag gleichwohl dem ausländischen Werke erteilt und dem Bochumer Verein eine freihändige Lieferung übertragen. Gleichzeitig wird aus Bayern Ähnliches gemeldet. Interessant wäre zu hören, ob die Reichs-Eisenbahnverwaltung ihrerseits ähnliche Erfahrungen gemacht hat.

Geh. Rath Ainel: Die Verwaltung hat eine Submission angefordert, bei der zu hohe Preise gefordert wurden und die Offerte wurde abgelehnt. Bei einer zweiten wurden die Preise niedriger und die Lieferung wurde vergeben.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Kartelle haben mit Schutzölle gar nichts zu thun. Auch die Staatsbetriebe sind an den Kartellen be-

theiligt, so beim Kalisalz-Bergbau und bei der Kohlenproduktion, die durch seinen Schutzvoll begünstigt sind. Wie sehr sind auch die Selbstkosten und die Abgabe getriggen. Der Minister hat als Mittel, zu hohe Forderungen abzuwehren, in der Hand, und er gebraucht dieses Mittel. Damit können wir uns ganz ruhig beruhigen.

Abg. Richter: Ich möchte die Frage des Schienenkartells getrennt halten von der allgemeinen Betrachtung über Kartelle. Die Frage der Kartelle gehört in den preussischen Etat. Für die Kohlenzölle kommt in Betracht, daß die Ausfuhr wesentlich erleichtert wird. Durch den Zoll von 25 Mark wird die Vereinigung der Interessenten und die Erreichung des Vorzuges von 25 Mark vor dem Auslande sichergestellt. Im Interesse der Steuerzahler muß diese Sache ganz scharf kontrolliert werden, namentlich durch das Parlament, und deshalb beantrage ich, daß der Reichstagler dem Reichstage alle jährliche Mitteilungen mache über die einzelnen ausgeführten Schienen-Submissionen mit sämtlichen Preisangaben, auch denen der Zuschlagspreise. Bekanntlich berechnen dieselben Werke, welche das Inland überheuern, für das Ausland Schleuderpreise. Das ist die von Herrn v. Kardorff empfohlene nationale Wirtschaftspolitik!

Nach einer kurzen Bemerkung des Geh. Rathes Rinkel be-
merkt

Abg. von Kardorff: Der Politik des nationalen Schutzes ist es zu verdanken, daß die Eisenindustrie aus ihrem Ruin wieder emporzukommen konnte.

Abg. Graf Mirbach: Die Fragen, die hier aufgeworfen werden, sind sehr verschiedenartig oder — verschiedenartig. (Weiterlekt rechts.) Es kommt hier Alles darauf an, daß unsere Arbeiter Beschäftigung haben; auch die Eisenbahnverwaltung hat kein Interesse daran, die heimische Arbeit zurückzusehen gegen die ausländische.

Abg. Richter: Allerdings sind diese Fragen sehr verschiedenartig; ich halte verschiedenartig auch für richtiger als verschiedenartig. (Weiterlekt.) Um die Sachen gründlich zu beurteilen, habe ich meinen Antrag gestellt. Nicht der Freihandel hat die Eisenindustrie ruiniert, sondern die Gründerzeit mit ihrer übermäßigen Einrichtung von Eisenwerken. Der Eisenbahn fällt es ohnehin sehr schwer, die Kohlen herbeizuschaffen. Wenn die Engländer dem Auslande billiger verkaufen als ihren Mitbürgern, so sollten wir doch davon Vorteil ziehen. Im vorigen Jahre haben wir in Deutschland 20 Mal mehr Schienen in das Ausland verkauft, als das Ausland an uns. Wenn die deutschen Eisenbahnen vom Auslande die Schienen billiger kaufen können, als vom Inlande, so dient die Ersparnis entweder der Eisenbahn zu anderweitigen Anschaffungen, welche dann auch deutsche Arbeiter beschäftigen, oder der Steuerzahler erspart diese Summe und kann neue Anschaffungen machen, welche neue Beschäftigung bedingen. Welche wunderbare Wirtschaftspolitik entsteht durch diese Beschäftigung des Auslandes! Auf unsere Kosten tragen wir dazu bei, dem Auslande ein dichteres Schienennetz zu geben und es in seiner Konkurrenzfähigkeit gegen uns zu stärken, also das gerade Gegenteil von der Stärkung der nationalen Industrie.

Abg. Graf Stolberg bittet, derartige Anträge künftig immer gedruckt vorzulegen und beantragt die Verweisung des Antrages an die Budgetkommission.

Abg. v. Kardorff: Die Ueberproduktion kam daher, daß das Ausland seinen gesamten Bedarf selbst zu decken begann. Die festen schutzvollständigen Erzeugnisse wird Herr Richter nicht erschüttern; ich bin mir darüber ziemlich festgesetzt. (Hört! links.)

Abg. Scipio erklärt sich gegen den Antrag und dessen Verweisung in die Kommission.

Abg. v. Stumm: Die Darstellung des Herrn Richter über die Lage der Eisenindustrie in der Freihandelszeit ist unrichtig, wie Jeder bezugnehmend wird, der sich der Kämpfe von 1873 bis 1877, die wir beide über die Frage geführt haben, erinnert. Im Auslande besteht ein thatsächlicher Schutzvoll, weil die ausländische Regierung nur ausländisches Material nimmt. Wenn man es als unmoralisch hinstellt, daß man dem Inlande normale Preise stellt und dem Auslande billigere, so ist das eine ganz absolute falsche Behauptung. In normalen Zeiten wird so etwas Niemandem einfallen; wenn aber der inländische Markt die Produkte nicht mehr aufnimmt, steht der Produzent vor der Frage, ob er seinen Betrieb einstellen und Tausende von Arbeitern entlassen soll. Verkauft er ins Ausland, so kommt er zwar nicht zu seinem Gelde; aber er kann wenigstens den Betrieb aufrecht erhalten.

Abg. Richter: Ich halte das Verfahren nicht für unmoralisch, aber für rücksichtslos und habe, dieser rücksichtslosen Anwendung noch staatliche Hilfe zu gewähren, für unangenehm bezeichnet. Herrn v. Stumm wird es sehr schwer, zwischen seinem und dem allgemeinen Interesse zu unterscheiden, auch als Abgeordneter. Die neuen Eisenwerke sind geschaffen unter der Herrschaft des Schutzvolls. Freihandel haben wir überhaupt nur 1877—79 gehabt, wo so gut wie gar keine neuen Werke entstanden. Die Arbeiterfreundlichkeit wird dadurch eigenhändig beleuchtet, daß man sich damals ganz rücksichtslos bemühte, die Arbeiter der Landwirtschaft zu entlassen, und nachher hat man sie ganz rücksichtslos entlassen, als das neue Verfahren sie in Scharen überflüssig machte. So lange Fürst Bismarck gegen Herrn Stumm stand, hat der Letztere Niederlagen erlitten; selbst konservative waren Freihändler, so lange Fürst Bismarck Freihändler war. Wenn Herr v. Kardorff ganz festgesetzt ist für die schutzvollständigen Interessen, so täuschen sich doch wohl nur Wenige darüber, wie wenig hinter dem großen Getöse des Centralverbandes deutscher Industrieller und der verschiedenen Agrariergesellschaften an Mannschaften steht, oder aber die Regierung hat wieder einmal eine andere Ansicht angenommen als noch vor wenigen Tagen. Die Annahme meines Antrages halte ich trotz Herrn Scipio für sehr wichtig. Graf Stolberg's Wunsch, die Anträge vorbereitet und gedruckt einzubringen, bleibt nur durch die Häufung der parlamentarischen Arbeit in diesen Tagen unerfüllt. Aber die Statistik nicht will, kommt in den Verdacht, daß er Klarheit über die Dinge nicht haben will! (Unruhe rechts.)

Abg. Veibel: Unter dem Schutze des Schutzvoll-Systems der letzten zehn Jahre hat sich die Industrie kolossal mit den Arbeitern zu ihrem eignen persönlichen Schaden verhalten. Darüber täuschen sie Niemand, daß, wenn sie überhaupt ihren Betrieb ausüben, sie es thun, um ihren Profit dabei zu haben. Unter dem Schutze der Zölle haben sich ihre Betriebe kolossal gesteigert und sind sogar zu Ringen und Kartellen vereinigt, um das Publikum zu schädigen und auszubeuten. Es ist recht charakteristisch, daß die beiden Länder, die sich durch die Entwicklung des Schutzvollsystems auszeichnen, Nordamerika und Deutschland, die Kartelle in einer Weise ausgedehnt haben, wie kein anderes Land. Zugewonnen ist, daß in der Bergwerksindustrie die Arbeitslöhne in den letzten Jahren aufgefressen worden sind, aber was will das sagen gegenüber den kolossalen Gewinnen, die die Werke dabei hatten! Es ist unerhört, daß während den Arbeitern alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt werden, ihre Lage zu verbessern, der Staat der Ausbeutung des Publikums und der Arbeiter von Seiten der Großunternehmer nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern auf alle mögliche Weise unterstützt hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das empört besonders die arbeitenden Klassen. Ein sonderbares Wirtschaftssystem, wenn das Höcker Eisenwerk einen Reingewinn von 600 000 M. in der Bilanz aufweist und dann zusehen muß, daß davon 360 000 M. dadurch wieder verloren gegangen sind, daß man, um der ausländischen Konkurrenz zu begegnen, zu niedrigerem Preise verkauft hat. Es ist sehr zu beklagen, daß die großen Unternehmer das deutsche Publikum nach Kräften plündern, um nachher deutsche Waare zu Schleuderpreisen nach dem Auslande zu verkaufen. Wenn Sie meinen, mit einem solchen System sich die Sympathie der Arbeiter zu gewinnen, so ist das sehr. Wenn die Unter-

nehmer ihren Betrieb nicht einstellen, so thun sie es nur deshalb nicht, weil sie einen kolossalen Schaden vermeiden wollen. Das Arbeiterwohl spielt bei dieser Frage gar keine Rolle, sondern nur ihr eigenes Interesse. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stumm: Paßt es Herrn Veibel nicht, daß der Höcker Verein weiter arbeiten läßt, um seine Arbeiter weiter zu beschäftigen, wenn auch mit Verlust? Herr Richter stellt die Sache nach wie vor falsch dar; 1873 hat der Reichstag meinen Antrag betreffs der Eisenzölle im Widerspruch gegen die Regierung angenommen. Die Schutzvollzölle ist nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von den bekannten 94 eingeleitet worden. Wenn Herr Richter von meinen persönlichen und den Interessen der Allgemeinheit spricht, so bin ich erstaunt, daß die Herren links immer der Regierung und der offiziellen Presse einen anständigen Ton empfehlen, diesen aber weder in der Presse noch im Parlament selbst zur Geltung bringen. (Unruhe links.)

Abg. Richter: Zunächst möchte ich erfahren, ob es jetzt parlamentarisch ist, einen Gegner vorzuwerfen, er bediene sich eines anständigen Tones.

Präsident: Ich habe den Ausdruck nicht gehört, sonst würde ich ihn gerügt haben.

Abg. Richter: Dann habe ich Herrn von Stumm nur zu benehmen, daß gerade in Folge der Krise von 1873 das Gegenstück der Nachfrage nach Eisen eintrat, die Eisenwerke zurückgingen. Der Schutzvoll hat niemals der Eisenindustrie genützt, sondern ihr geschadet. Die Eisenindustrie besteht nicht bloß aus den großen Werken; die Kleinindustrie leidet unter der Ueberheuerung des Eisens gerade so wie die Landwirtschaft darunter leidet. Wunderbar ist mir nur, daß die Vertreter der letzteren dazu schweigen. Die Abstimmung über meinen Antrag auf gänzliche Aufhebung der Getreidezölle, der Zucker- und Branntweinprämien, kann für die Siegesgewissheit des Herrn v. Kardorff nicht maßgebend sein; sie beweist nichts dafür, daß in diesem Hause eine Mehrheit gegen die Ermäßigung der Getreidezölle vorhanden ist. In dem Augenblick, wo die Regierung einen solchen Antrag stellt, werden Sie sich in eine ganz verschwimmende Minderheit befinden. In dem Augenblick, wo das geschieht, ist die Solidarität der Schutzvollner durchbrochen. Diese Solidarität zur Vertheuerung des Volksgeldes muß endlich durchbrochen werden! (Bravo links.)

Abg. von Kardorff: Ich freue mich, daß Herr Richter selbst heute die Solidarität der Schutzvollner anerkennt.

Abg. Richter: Wenn Sie die Sache so ruhig ansehen, warum erschauern Sie sich denn? Kann man einen harmlosen Antrag stellen, als diesen statistischen Antrag? Das beweist nur, wie wadlig es mit Ihnen steht, wie unheimlich Sie sich vornehmen, für wie gedrohen Sie sich schon halten! (Lachen rechts.)

Abg. v. Kardorff verweist auf die Stimmen der bürgerlichen Bevölkerung, die für diese Solidarität eintreten. Unsere Stütze haben wir im deutschen Bauernstande, nicht im Großkapital. Der Antrag ist ja sehr harmlos, sehr unbedeutend, aber er ist geeignet, ein falsches Bild von der Sachlage zu geben.

Abg. Richter: Ist der Verfasser jenes Bauernbriefes, welchen Herr v. Kardorff vor einigen Wochen aus seinem Kreise vorlas, wirklich, wie man mir schreibt, ein Großgrundbesitzer in seinem Kreise gewesen? Der Statist, die ich verlange, wollen Sie ausweichen; es wird Ihnen das aber nicht nügen.

Abg. v. Kardorff: Die Bauern meines Kreises verlangten namentlich den Getreidezoll. Daraus hat ein Dr. Seidler, den ich sehr wenig kenne, sich der Sache angenommen und die Petition hierher gerichtet. Der Brief war so treffend, so packend geschrieben, daß selbst liberale Zeitungen das anerkannt haben.

Abg. Richter: Ich stelle fest, daß der Verfasser ein Rittergutsbesitzer ist, ein Großgrundbesitzer.

Abg. Graf Mirbach: Die Gründung der Pseudobauern ist fortschrittlichen Ursprungs; ich erinnere an den Bauern Dirichlet. (Weiterlekt rechts.)

Abg. v. Kardorff: Herr Richter bemüht sich vergebens, einen Widerspruch zwischen Groß- und Kleingrundbesitz zu konstruieren.

Abg. Richter: Herr Dirichlet als Kleingrundbesitzer war als Bauer in dem betreffenden Flugblatt bezeichnet worden; der Großgrundbesitzer Seidler wird aber als Bauer maskiert.

Abg. Graf Mirbach: Ich konstatire nur, daß der Gutbesitzer Dirichlet kein Bauer war.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Richter wird an die Budgetkommission überwiesen, die Position genehmigt.

Präsident v. Lepow ruft den Abg. v. Stumm nachträglich wegen der Bemerkung gegen den Abg. Richter über den anständigen Ton zu Ordnung.

Der Rest des Etats der Verwaltung der Reichseisenbahn wird ohne Debatte genehmigt und darauf um 5 Uhr die Fortsetzung der Staatsberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Reichseisenbahn- und Marineverwaltung.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung zunächst über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Grafen Arnim, 10. Reg.-Bez. Pignitz (Rothenburg-Hopernwerda), die Beschlußfassung auszusprechen bis das Ergebnis der beschlossenen Erhebungen eingegangen ist. — Weiter stand die Wahl des Abgeordneten Stumm auf der Tagesordnung der Kommission. Gegen die Wahl des Neunkirchner Schlotjunkers ist von Seite des früheren Sekretärs des Gegenkandidaten Stumm's, Kaplan Dabach, ein Wahlprotest eingegangen. Auch von anderen Wählern liegen Proteste vor, so daß deren Zahl im Ganzen sechs beträgt. In der Hauptsache wenden sich dieselben gegen die im „Reichsboten“ selbstverständlichen Beeinflussungen und Vergewaltigungen der Arbeiterwähler auf den Stumm'schen Werken durch Beamte des Letzteren. Auch Wahlschlichtungen sollen passiert sein und liegt der betreffende Fall bei der Staatsanwaltschaft. Die Kommission kam zu dem Entschlusse, Erhebungen zu veranlassen und bis zu deren Eingang den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung beschloß gestern, der Versammlung zu empfehlen, in Malchow ein Melonvalesentenheim für aus städtischen Krankenhäusern entlassene Tuberkulose (Schwindsichtige) mit zunächst 96 Betten einzurichten. Die Melonvaleszenten sollen, ohne Rücksicht darauf, nach welcher Methode sie behandelt sind, aufgenommen werden. Das Melonvalesentenheim soll gewissermaßen als Beobachtungsstation für anscheinend geneigte Melonvaleszenten dienen und dadurch für die Kerze bezüglich der Heilmethode ein schätzenswerthes Material darbieten, das der Staat durch Unterlassung der Einrichtung von Melonvalesentenheimern sorglich vorzuenthalten bislang bestrebt gewesen ist. An der Ausführenden betheiligten sich die Stadtverordneten Bichow, Sach, Vortmann, Stadthagen, Kollmann und Salge.

Eine ziemlich unbefangene Besprechung des Veibel'schen Buches: „Die Frau und der Sozialismus“, bringen die „Grenzboten“. Der ungenannte Verfasser dieser Besprechung rühmt die „ruhige, man darf wohl sagen vornehme Objektivität“ Veibel's und stimmt dem Urtheile Veibel's sowohl über die heutzutage wirtschaftliche Ordnung wie über die sittlichen Zustände der Gegenwart bei. Die kapitalistische Wirtschaftsweise findet er dadurch charakterisiert, daß die Weiben der Armuth nicht, wie in früheren Zeiten, aus dem allgemeinen Mangel, sondern gerade aus dem allgemeinen Ueberflusse entspringen. „Es sei eine „traurige lächerliche Thatsache“ — und: „es giebt in der That kein Wort, das stark genug wäre, die Verächtlichkeit dieses Zustandes zu bezeichnen“ — daß „die Weiber im Gulen- und im Grangebirge angeblich deswegen kein Brot kaufen können, weil Deutschland beständig in Gefahr schwebt, vom Auslande aus mit Brot und Fleisch überfluthet zu werden, das auszuwerfen die Volkshäuser nicht genug ausgeführt werden können.“ Obgleich sie „mit der Nase auf diese Grundfehler der wirtschaftlichen Lebensgestaltung“ werden, „prallen die Zeitungen und Zeitschriften der verschiedensten politischen Parteien — vor allem die deutschfreisinnigen Organe — schon davor zurück“ (oder „binden ihren Lesern Scheuflappen vor“) und „schweigen alle literarischen Erscheinungen, in denen die Wahrheit vorkommt, beharrlich todt“. „Wenn die Völker das, was sie technisch schon längst vermögen, wirtschaftlich noch nicht vermögen, so kann daran nur eine fehlerhafte Einrichtung ihrer Gäterzeugung und -Vertheilung schuld sein. Was sie in diese fehlerhafte Einrichtung festgebunden hält, das ist aber vorzugsweise die abergläubische Verehrung vor der Macht des Geldes, die von der kapitalistischen Partei gelüftet und planmäßig aufrecht erhalten wird. Die heutige Menschheit ist in dem Aberglauben aufgewachsen, Niemand könne, Niemand dürfe etwas leisten, ohne Geld in der Hand zu haben.“ Der Verfasser deutet an, daß er trotz dieser Kritik nicht „das Privatguthum an Kapitalgütern aufheben“, sondern nur „den Mißbrauch der Besitzrechte beschränken“ will. In diesem Schlusse, der noch der vorangehenden scharfen Kritik überrascht, wird der Verfasser durch seine Meinung geführt, daß eine Gesellschaft mit Kollektivproduktion zwar technisch möglich sei, aber unmöglich aus sittlichen Gründen. Obwohl er zugiebt, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise die Moral tödtet — woraus doch folgt, daß mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Vorbereitung einer besseren Moral hergestellt wird — glaubt er, „daß ohne jene Höhe sittlicher Vollkommenheit, die aus der sozialistischen Verfassung erst hervorgehen soll, diese gar nicht hergestellt werden könnte.“ Denn: „Welcher Heroismus gehört dazu, der Gemeinlichkeit oder einer höheren Idee zu Liebe auf sein Privatguthum zu verzichten, und wie undenkbar ist es, daß sich alle Bewohner aller zivilisirten Staaten zu diesem Heroismus emporschwingen sollten! (Denn ist die Bourgeoisie als Klasse unsere Gegnerin und muß die Befreiung der Arbeiterklasse und der Menschheit das Werk der Arbeiterklasse selbst sein). Das wäre aber doch notwendig. (Rein, die Gegenpartei wird besiegt, bzw. die Unternehmern werden als Klasse überflüssig.) Denn wenn Einzelne oder gar größere Massen widerstreben, so mußte gegen sie Gewalt angewandt werden, und man hätte dann wieder den von Veibel so unbedingt verurtheilten Klassenstaat, nur daß Unterdrücker und Unterdrückte die Rollen vertauscht hätten. (In diesem Punkte wären die Weiber der Arbeitmittel zwar mit Gewalt aus der Stellung einer ausbeutenden und bevorzugten Klasse herausgenommen, Aflonen aber giebt es nicht mehr, nachdem der Privatbesitz an den Arbeitsmitteln aufgehört hat.)“ Kurz, der Verfasser stimmt Veibel in der Kritik bei, giebt aber nicht die Folgerungen aus dieser Kritik. Bemerkenswerth ist immerhin, daß er jetzt Uebereinstimmung mit Veibel freimüthig bekann.

Betreffs der Frau ist die Uebereinstimmung mit Veibel noch größer. Daß der Verfasser die Behandlung des sittlichen Gebietes in dem Veibel'schen Buche als würdig, hart und sittlich ernst anerkennt, das könnte man fast besonders loben, wenn man sieht, was die sonstige Presse in dieser Beziehung über das Buch sagt. Hören wir weiter: „Veibel hat darin nicht Unrecht, daß er die Verderbnis des Geschlechtslebens mit dem Kapitalismus in Verbindung bringt. Wie dieses System auf die drei Klassen einwirkt, das liegt auf der Hand. Es sammelt sich in einer obersten Schicht so ungeheure Reichthümer, daß einerseits deren Angehörigen die Befriedigung jeder noch so verwerflichen Leidenschaft möglich ist, und daß andererseits der dadurch erzeugte wohlthätige Luxus die Befriedigung erzeugt, selbst der größte Reichthum werde zum „staubedigen“ Leben nicht mehr hinreichen, daher denn in diesen Kreisen die Geldbeivath das Gewöhnliche wird. Die Männer der mittleren Schicht müssen ebenfalls vor allem auf das Geld sehen, weil das ansteuende Beispiel des Luxus und Lebensgenusses der Vornehmen auch ihre Kreise beherrscht und weil sie, mit Ausnahme der Beamten, von dem Gespenst der Christenunsicherheit gepeinigt, möglichst materielle Sicherheit zu suchen genöthigt sind. Die unterste Schicht endlich verfällt jenem Pauperismus, in dem jede Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins und eines wohlgeordneten Familienlebens aufhört.“ Der Verfasser der Besprechung meint ferner, daß Veibel's Ideal im Grunde genommen mit dem christlichen übereinstimme. Veibel verwerfe die Polygamie wie die Prostitution und verlange die ausnahmslos durchgeführte Einhe, ohne den Männern irgend ein Vorrecht vor den Frauen einzuräumen. Nur wolle Veibel in der Schlichtung und Trennung der Ehe keine dritte Macht, wie Staat oder Kirche, drein sprechen lassen. Daß dieses Dreisprechen des Staats heute (wegen des Erbrechts) notwendig sei, gab auch Veibel zu. Daß aber diese Rechtsangelegenheiten zu dem Wesen der Ehe gehörten, wüßten am wenigsten die rechtsgläubigen Theologen behaupten wollen. (Nach der kirchlichen Lehre sind Spender des Ehe-Sakraments die Eheleute selbst.) „Was die Scheidung anlangt, so kommt die katholische Ansicht von der unbedingten Unauflöslichkeit der Ehe natürlich nicht in Betracht. Wird aber die Auflöslichkeit der Scheidung einmal eingeräumt, dann ist kein Grund weiter vorhanden, vor der Scheidungsfreiheit des sozialistischen Zukunftsstaates zu erschrecken.“ Der Mitarbeiter der „Grenzboten“ will nicht entscheiden, ob die freie Ehebewahl einmal allgemein möglich sein wird. Sein einziges Bedenken und somit auch sein einziger Widerspruch gegen Veibel in der Frage der Frau ist: Auch dann wird individuelles Liebesguth und Ehe-Bund nicht aufhören. Mit der Meinung, daß die Sozialisten das individuelle Moment im Glück und Unglück übersehen, irrt der Verfasser. Wir empfehlen ihm, schärfer darüber nachzudenken, ob nicht die „individuellen“ Ursachen des Glück und Unglücks doch im letzten Grunde durch gesellschaftliche Zustände bedingt sind. Im übrigen wiagt keine Zustimmung um so schwerer, als sein Standpunkt der konservative und religiöse ist.

In Bezug auf die Agitation gegen die russischen Studenten an der technischen Hochschule finden wir im „Sprecher“ der „Berl. Zig.“ folgende Auslassung: „Im Interesse der königlichen technischen Hochschule, deren Mitglied ich bin, und im Interesse der Wahrheit ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Mittheilung, betreffend den an der Hochschule stattfindenden Bewegung gegen die russischen Juden. Nur mit innerem Widerstreben habe ich mich zu diesen Schritten entschlossen, und ich habe bisher nicht nur selbst davon Abstand genommen, sondern auch meine Freunde davon abgehalten. Da die Sache aber doch in die Oeffentlichkeit gedrungen, und da von vier Angehörern der Hochschule, unter denen sich auch der jetzige erste Vorsteher des Ausschusses als solcher unterzeichnet hat, eine sehr ausführliche „Verächtigung“ an die hiesigen Zeitungen eingesandt worden ist, so halte ich es für recht und

billig, daß die Öffentlichkeit auch die Ansicht der Gegner der Petition erfährt.

Entscheidend für meinen Entschluß war aber erst folgende Thatsache:

Am Dienstag, den 24. d. Mts., fand eine Versammlung der Studierenden statt zum Zwecke der Verhinderung der Kommission, welche die Petition an den Herrn Minister hatte vorbereiten sollen. Trotzdem nun die Anhänger der Petition nicht versichert hatten, daß die weitesten Kreise an ihren Bestrebungen den wärmsten Antheil nähmen, beantragte doch einer der Herren Ausschluß der Öffentlichkeit, verweigerte aber auf Anfrage die Angabe irgend welchen Grundes. Nach unserer Geschäftsordnung mußte der Vorsitzende die Forderung erfüllen. Diese Thatsache spricht für sich selbst!

Es ist insolge davon für keinen Theilnehmer der Versammlung möglich, über den Verlauf derselben etwas mitzutheilen. Auch ich künfte, wie ich ganz ausdrücklich hervorhebe, nur an frühere Vorgänge an.

Zunächst will ich dem Wortlaut der schon erwähnten "Berichtigung" vom 8. d. M. das offizielle, vom Ausschuss verfaßte Protokoll gegenüberstellen. Die "Berichtigung" lautet:

"Die Petition wurde auf Senatsbeschluss abschlägig beschieden, weil die Annahme derselben eine Aenderung des Verfassungsstatuts unserer Hochschule bedingt hätte, und eine solche nicht in der Befugniß von Rektor und Senat liegt."

Das Protokoll lautet: "In demselben (dem Antwortschreiben) erklärt uns der Rektor mit dem Hinweis auf das Verfassungsstatut, daß die allgemeine Versammlung durch Stellung und Annahme eines solchen Antrages bei Weitem ihre Befugnisse überschritten habe."

Thatsächlich überträgt der § 29 unseres Verfassungsstatuts klar und deutlich dem Rektor und Abtheilungs-Vorsitzer und im Falle des fehlenden Einverständnisses dem Senat die Ausnahme von Ausländern zur persönlichen Entscheidung, schreibt ihnen aber vor, nur diejenigen zur Inmatrikulation, von denen sie überzeugt sind, daß sie ihrem Alter und Bildungsgrade nach zur Inmatrikulation geeignet sind. Die Fassung läßt nur so viel Spielraum, als unbedingt erforderlich ist, da die Verhältnisse bei den verschiedenen Ländern ganz verschieden liegen. Jede Bewegung zu Gunsten der Abänderung der Aufnahmeverordnungen bedeutet also ein Misstrauensvotum gegen Rektor und Senat. — Jedes Vorgehen in dieser Richtung behält, da keine Rücksichtslosigkeit im Voraus außer Frage steht, nur den Charakter einer Demonstration.

Auch dieser muß ich meine persönliche Ueberzeugung entgegenstellen. — Diejenigen russischen Kollegen, mit denen ich in persönliche Berührung gekommen bin (es sind ihrer ungefähr zehn) sind höchst achtbare, strebsame und fleißige Leute, auf welche die erhabenen Beschuldigungen des moralischen Defektes, des Mangels an gesellschaftlicher Bildung und der Vernachlässigung des Aeußeren auch nicht im Geringsten zutrifft. Einige von ihnen habe ich näher kennen gelernt und ich rechne es mir zur Ehre, sie zu meinen Bekannten zu zählen. Meine Beobachtung und die der mit unsereigenen Kollegen verkehrt haben, während jene diesen Verkehr offensichtlich gemieden.

Es handelt sich um die Ehre, das Glück und die Existenz einer Anzahl unserer Kollegen, es handelt sich aber auch um die Ehre der technischen Hochschule."

Ein Hebelhand, unter dem Viele zu leiden haben, besteht in dem langen Zeitraum, der vergeht, ehe neue Straßen offiziell Namen erhalten. So ist parallel der Verbindungsbahn am Wedding als Verlängerung der Hindenburgstraße seit mehr dem Jahresfrist eine neue Straße, Nr. V, des Bebauungsplans, angelegt und zum großen Theil mit schönen Häusern bebaut. Die Eigentümer dieser Häuser erleiden nun empfindlichen Schaden durch die Namenlosigkeit der Straße. Es will sich kein Geschäftsmann finden, um hier Läden und Werkstätten zu mieten, da es für ihre Kundschaft beschwerlich, oft unmöglich ist, die Straße V zu finden. Gewöhnlich werden Briefe zunächst nach der falschen Straße getragen und lassen erst mit großer Verspätung an die richtige Adresse. Das kann geschäftlich die unangenehmsten Folgen haben. Die bürgerlichen Zeitungen bemerken hierzu melancholisch: Als kürzlich die Sozialdemokraten einer Straße den Namen Hebelstraße aus eigener Machtvollkommenheit erteilten, erhielt die Straße binnen kürzester Frist eine offizielle Bezeichnung. "Die Sozialdemokraten haben es gut," lautet ein Intercessent der Straße V. — Der Interessent hat Recht: man sollte uns mit Alles überlassen.

Eine optische Täuschung. Die Leipzigerstraße in Berlin mündet auf den Potsdamer Platz. Steht man nun auf letzterem und beobachtet am Abend, wie die Reihen der elektrischen Lampen, welche der Beleuchtung der Straße und des Platzes dienen, sich entzünden, so glaubt man, daß das Ausblitzen sämtlicher Lampen einer Reihe nicht auf einen Schlag, sondern auch in einem sehr kleinen Zeitraum, nacheinander stattfindet. Ein Laie, welcher diese Erscheinung ebenfalls beobachtet hat, wollte daraus tief sinnige Schlüsse ableiten; die Sache ist aber, wie die "Optik-Zeitung" schreibt, ganz einfach und beruht auf einer Täuschung. Die Lämpchen nämlich die Dampferreihe nicht mit einem Blick umfassen. Blitzen nun die Lampen auf, so fährt das Auge blitzschnell die perspektivische Linie der Reihe entlang und, da es hierzu eine gewisse Zeit braucht, so scheint das Ausblitzen der Reihe nach allmählich einzutreten. Die Vogenlampen geben überhaupt vielfach Anlaß zu Täuschungen, namentlich in Bezug auf ihre Entfernung. Man wird häufig finden, daß man eine Vogenlampe näher glaubt, als eine gleichzeitig gesehene Gaslampe, obwohl jene thatsächlich erheblich weiter zurückliegt als diese.

Der Polizeipräsident macht wiederholt darauf aufmerksam, daß unter dem Namen Demonstration (Theater) ein angeblich gegen Brust- und Halskrankheiten (Röhre, Lungen- und Halsleiden) wirksames Heilmittel von der sogenannten Centralen Betriebsstelle diätetisch-hygienischer Erzeugnisse in Teplitz angepriesen wird, welches von dem Apotheker Ernst Weidmann in Liebenburg am Ort in Packchen zu 60 Gramm Inhalt bei einem realen Werthe von 3 bis 6 Pf., früher für den Preis von 2 M., jetzt 1 M., verkauft wird. Dieses Geheimmittel, welches angeblich aus einer nur in Russland vorkommenden Andertichpflanze gewonnen wird, besteht, wie eine sachverständige Untersuchung ergeben hat, aus einfachem Bogelnöcher, der aus allen Wegen und oft auch in wenig verkehrten Städten südlichen Strahlen zwischen den Phosphorien wachst. Eine spezifische Heilwirkung hat das genannte Kraut nicht.

Weitere Erhebungen betreffen die Vorfälle, welche vorgestern Nachmittag in dem Hause an der Fischerbrücke 29 zu dem Tode des Einbrechers Wolf geführt haben, ergeben in allen wesentlichen Punkten die Wichtigkeit der bereits vorerwähnten Mittheilungen. Der leitende Geist des Einbruchs ist der 19-jährige Paul Wigloff gewesen, der schon zweimal wegen Heiner Diebstähle bestraft worden ist. Er hat den Einbruch beim Kaufmann Arnheim "auswachsen" und sich zum Zwecke der Ausführung zuerst mit einer Persönlichkeit in Verbindung gesetzt, welche später ihre Mitwirkung verweigerte. Erst darauf hat er den zwanzigjährigen Heiner Max Wolf angeworben, der zwar bisher unbekannt gewesen ist, sich aber eines sehr schlechten Rufes erfreute und auch von seinem Vater als Taugenichts beschuldigt wird. Er war in der Verbrechenswelt wohl bekannt unter dem Namen "Keiner-Max". Wigloff hat, nachdem er zuvor sich davon überzeugt hatte, daß Herr Arnheim in Begleitung seines Dieners seine Wohnung an der Fischerbrücke verlassen hatte, die Kuchentür mit Dietrichen geöffnet, welche bei seiner Verhaftung in seinem Besitze gefunden wurden, und darauf Wolf in verabschiedeten Zeichen geben, dem von diesem auch Folge

gegeben wurde. Nun behauptet Wigloff, daß er, so bald er aus der Küche in das Schlafzimmer des Herrn Arnheim getreten war, dort Herrn Arnheim und einen Mann, den Kriminalschuhmann Bülow, mit einem Revolver in der Hand erblickt habe. Wigloff erklärt, daß er infolge dessen sofort Deckung hinter der Thüre gesucht und nicht gesehen habe, was sich zwischen Wolf, der gleich darauf das Schlafzimmer betrat, und dem Kriminalschuhmann ereignet hat. Nach Angaben des Bülow hat er nicht auf den mit einem Messer auf ihn eindringenden Wolf geschossen, sondern den Arnheim niedergeschlagen und darauf mit ihm gerungen, wobei sich die Waffe selbst entladen habe. Dieses scheint durch die Thatsache bestätigt zu werden, daß das Geschoß in seinem Laufe die Richtung von unten nach oben genommen hat. Zweifellos war übrigens Bülow berechtigt, unter den abwartenden Umständen ohne weiteres von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, denn es hat offenbar ein Zustand der Nothwehr vorgelegen, und zwar um so mehr, als dem Kriminalschuhmann, der übrigens allein den Verbrechern gegenüberstand, vorher mitgeteilt worden war, daß Wigloff bei seinen Verbrechen, Gewissen für die verbrecherische That anzuwerben, ausdrücklich gesagt hat, daß Leute, die sich an der Ausführung des Einbruchs beteiligen wollten, "Muth haben müßten, denn wenn Jemand ihnen entgegen träte, müßte er niedergeschossen werden". Der Chef der Kriminalpolizei hat den Kriminalschuhmann Bülow in Betracht seines Verhaltens belobt.

Durch Messerstücke lebensgefährlich verletzt wurde am Sonntag Abend ein junger Mann Namens G., welcher Veranlassung halber ein in der Rosinenstraße belegenes Tanzlokal Charlottenburgs aufgesucht hatte. Nicht lange Zeit nach ihm traten dorthin drei Schiffer ein, die sich in einer recht angelegierten Stimmung befanden und wag es diesem Umstand zuzuschreiben, daß die Tänzerinnen ihnen von Anfang an wenig Entgegenkommen zeigten und schließlich überhaupt nicht mehr mit ihnen tanzen wollten. Namentlich waren es drei Mädchen, welche sich den Schiffern entgegen und dem jungen G., gewissermaßen Schanzsuchend, zuwandten. Hierdurch fühlten sich die Schiffern in dem Maße verletzt, daß sie sofort auf den Letzteren einschlugen. Ehe man es sich versah, entwickelte sich eine allgemeine Schlägerei, bei welcher die Schiffer und auch der junge G. auf die Straße gedrängt wurden. Diese Gelegenheit benutzten die drei Knaben, um sich den ihnen nicht gewachsenen jungen Mannes zu bemächtigen. Während derselbe von zwei festgehalten wurde, bearbeitete der dritte, der Schiffer August Mademann, den Wehrlosen mit einem dolchartigen Messer und brachte ihm sehr erhebliche Verletzungen am Kopf und Brust bei, welche vielleicht den Tod zur Folge haben werden. G. wurde mittels Wagens nach der Wohnung seiner Eltern gebracht. Die drei Schiffer sind verhaftet worden.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht II macht durch Säulenanschlag öffentlich bekannt, daß gestern früh 8 Uhr im Strafgefängnis zu Bülowsee die Todesstrafe an dem wegen Raubmordes verurtheilten Schmiedegesellen Karl Schmiedekopf vollzogen worden ist.

Polizeibericht. Am 3. d. M. Morgens wurde ein Mann auf dem Boden des Neubaus Reinickendorferstraße 37 B erhängt vorgefunden. — Vermittags wurde vor dem Schlesischen Thor ein unbekannter, etwa 24 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Mittags wurde ein fünfjähriger Knabe vor dem Hause Gneisenaustr. 115 von einem Milchwagen überfahren und anscheinend innerlich schwer verletzt. — Dem Kriminalschuhmann Bülow war vertraulich mitgeteilt worden, daß am 3. d. M. bei dem hieselbst Fischerbrücke 29 wohnhaften Rentier Arnheim in dessen Abwesenheit ein Einbruch verübt worden sollte. Ersterer hatte sich infolge dessen von Arnheim in der Wohnung einschließen lassen, um die Verbrecher bei der That zu ertappen. Als bald darauf der Schlosser Wigloff und der Handlungsgeselle Wolf den Einbruch ausführten und von dem Bülow verhaftet werden sollten, wobei Wolf den Beamten mit einem Messer in der Hand bedrohte, entlief beide beim Ringen ein Stück des Revolvers, welchen der Schuhmann in der Hand hatte. Wolf, von der Kugel am Hals getroffen, entlief nach der Wassergrube, wo er in dem Hause Nr. 29 bewußtlos niedersank und bald darauf infolge Verblutung verstarb, da die Kugel die Schlagader am Hals verletzt hatte. Wigloff wurde zur Haft gebracht. — Nachmittags sprang ein geisteskranker Mann an der Eiserenen Brücke in den Sprekanal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und auf Anordnung des Bezirksphysikus als gemeinschaftlicher Geisteskranker nach der Charite gebracht. — In derselben Zeit brachte eine Frau ihrem Ehemann in ihrer Wohnung in der Schulstraße mittels eines Küchenbeils eine so schwere Verletzung am Kopfe bei, daß derselbe nach der Charite überführt werden mußte. — Nachmittags fiel ein neunjähriger Knabe beim Spielen am Behanien-Ufer, nahe der Thomaskirche, in den Louisestädter Kanal, wurde jedoch von dem Kaiser Schröder, welcher dem bereits untergegangenen Knaben nachgegrungen war, noch lebend aus dem Wasser gezogen und zu seinen Eltern gebracht. — Gegen Abend wurde ein einjähriger Knabe vor dem Hause Unter den Linden Nr. 6 von einer Drochke überfahren und erlitt anscheinend schwere Verletzungen an den Unterschenkeln. — Am 3. d. M. fanden sieben kleine Brände statt.

Berichts-Beitung:

Grosse Schlaglichter auf die Unbestimmtheit des Arbeitsvertrages und die Gründe, die zur Verhängung der Untersuchungs-Verfahren führen können, warf die gestern gegen 13 Friedrichshager Handschuhmacher geführte Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II wegen — gewerdmäßiger Heblerei und Unterschlagung. In der Fabrik des Amerikaners Hopp zu Friedrichshagen werden von den besonders dazu angestellten Werkführern die Felle daraufhin torirt, wie viel Handschuhe aus denselben zu fertigen sind. Der Handschuhmacher hat nach dem in der Hopp'schen Fabrik bestehenden "Arbeitsvertrag" aus den Fellen so viel Handschuhe als vortarirt zu schneiden und erhält als Arbeitslohn für das Paar Handschuhe 20 bis 30 Pf. Die Lagen werden im Interesse des Fabrikanten äußerst knapp gehalten. Fertige der Handschuhmacher weniger Handschuhe an, so hatte er statt jedes weniger als tarirt gelieferte Paar — 80 Pf. zu erhalten. Die Vernehmung der Sachverständigen ergab, daß diese Einrichtung nirgend sonst in Deutschland, Frankreich oder Belgien besteht, daß dergleichen Abzüge vielmehr völlig unbekannt sind. Dieser Abzug beträgt hin und wieder bei der vierzehntägigen Lohnzahlung 4, 5 M. Einige geschickte Arbeiter verstanden es nun, trotz der knappen Tage, mehr Handschuhe als vortarirt durch besonderen Aufwand von Zeit und Geschicklichkeit zu fertigen. Während in anderen Fabriken für dergleichen Aufwand und gleichzeitiger Ersparnis an Leder besondere Prämien gezahlt werden, wurde in der Hopp'schen Fabrik für diese Mehrpaare auch nur der gewöhnliche Lohn gezahlt. So, nach den Angaben der Angeklagten und Zeugen sah es die Werkführer nicht gern, wenn mehr gelieferte als vortarirt waren, und suchten nach allerlei Heblern bei Verfertigungen, um die Mehrpaare als fehlerhaft zurückzuweisen. Für den Fall solcher Zurückweisungen wurde den Arbeitern Lohn nicht gezahlt. Einige der geschicktesten Arbeiter kamen nun auf folgendes Auskunftsmittel, um sich gegen die Zahlung von 80 Pf. für Minderfertigkeit zu schützen. Sie berechneten noch genauer als der Vortaritor, schnitten mit außerordentlich großer Geschicklichkeit und Sparsamkeit — natürlich unter Aufwand von Zeit — zu, Thaten sich zusammen und erzielten dadurch die Eindringung nicht nur von Abfällen,

sondern von ganzen Fellen. Konnte ein Handschuhmacher die vortarirte Zahl nicht schaffen, so wurde ihm von seinen Kollegen ein ein oder zwei Felle zur Verfügung gestellt. Die in dieser Art nicht verwendeten Felle wurden von den Arbeitern weiterveräußert. In dieser Weiterveräußerung, die Jahre lang unbeanstandet ausgeübt wurde, erblühte Herr Hopp, sobald er erfuhr, daß über Hunderte von Fellen veräußert seien, etwas Unberechtigtes und Strafbares, nämlich Unterschlagungen. Ob eine Unterschlagung vorlag oder nicht, hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob die Handschuhmacher nach Inhalt des Arbeitsvertrages berechtigt waren oder sich für berechtigt erachteten durften, wenn sie 80 Pf. für ein nicht geliefertes Paar Handschuhe zahlten, die nach Befahrung der Tage erübrigen Felle für sich zu verwenden. Erst seit Juni 1890 wurde auf Veranlassung der Arbeiter ausdrücklich vereinbart, daß Abfälle und Felle abgeliefert werden müßten, daß aber auch der Mißbrauch des Geschoßes für weniger gelieferte als tarirte Handschuhe (mit 80 Pf.) in Wegfall kommen. Seitdem wurden keine Felle mehr erübrigt. Die Angeklagten gaben sämtlich unumwunden zu, daß sie Felle für sich verwendet hatten, daß sie sich aber dazu für berechtigt erachteten. Trotzdem wurden Anfangs August 1890 4 der Angeklagten sogar verhaftet. 2 von ihnen mußten bis zum Verhandlungstermine, der gestern stattfand, in Haft bleiben, das heißt also 7 Monate lang. Zur Begründung der Verhaftung führte der Amtsvorsteher von Friedrichshagen, Herr Drachholz, bezüglich des Angeklagten Reinwald folgendes an: Der v. Reinwald dürfte indes zur Verhängung von Verbüßung vor allen Anderen in Haft behalten werden müssen, da er auch in politischer Beziehung der Führer der Handschuhmacher war und viele von ihnen denselben mit Gut und Leben retten würden, er auch der Meinung war, daß er durch den Verlauf der von den Handschuhmachern erhaltenen Felle durchaus etwas Strafbares nicht begangen habe. Also: der Mann ist zu verhaften, weil er Sozialdemokrat und weil er sich für unschuldig hält. Trotz dieser auffälligen Begründung eines Haftantrages wurde Reinwald auch durch Gerichtsbeschluss in Haft behalten! Die sogenannte Vernehmung dehnte sich, wiewohl die Angeklagten kein Atom erheblicher Thatsachen verschwiegen hatten, vom August bis Mitte November hin aus. Die einfache Anklage zu erheben, dahin zu formulieren, daß Unterschlagung und gewerbmäßige Heblerei vorliege, und den Angeklagten zuzustellen, dauerte bei der Staatsanwaltschaft Wochen lang — erst Mitte Dezember gelang ihr die Erfüllung dieser Aufgabe.

Vier Angeklagte mußten während dieser Zeit in Untersuchungshaft verbleiben. Als die Sache endlich an das Gericht zur Entscheidung über die Anklage gelangt war, entließ das Gericht zwei der Angeklagten aus der Haft.

Zwei Angeklagte mußten aber in der Haft verbleiben, weil gewerbmäßiger Heblerei, also eines mit Justizhaus bedrohten Verbrechens, die Angeklagten nach der Anklage verdächtig seien! Entlassungsanträge wurden abgelehnt! Das zur Entscheidung berufenen Gericht höchst möglichsten Termin an. Der Termin mußte bis heute verlegt werden, weil Herr Hopp es für gut befunden hatte, eine Reise zu unternehmen. Die beiden inhaftierten Angeklagten mußten in der Haft verbleiben! In der gestern abgehaltenen Verhandlung, in der das oben gekennzeichnete Sachverhältnis zu Tage trat, beantragte der Staatsanwalt daß Schuldig, und zwar gegen Reinwald in Höhe von 1 Jahr 6 Monaten Justizhaus! Von den Angeklagten wurde Schilling durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Reinwald, Stoffel, Jenzberg, Stejseldt, Schneider, Kühne, Dittmer, Sommer, Bornemann und Zimmermann durch Rechtsanwalt Arthur Stadthagen verteidigt. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen der Verteidiger an und sprach sämtliche Angeklagten kostenlos frei. Die beiden sieben Monate lang unschuldig in Haft gelassenen Angeklagten wurden sofort aus der Haft entlassen. Wegen der Amtsvorsteher Drachholz, dem Assessor, der die vorläufige Verhaftung beauftragte, dem Staatsanwalt, der Wochen lang zur Fertigung und Zustellung der Anklagen gebrauchte und Herrn Hopp, der plötzlich verreisen mußte, soll verurteilt werden, Entschädigung für die durch die Untersuchungs-Verfahren entzogene Freiheit zu verlangen.

Als das Opfer sträflichsten Leichtsinns stand gestern der vierzigjährige Bildhauer Max Zabbede vor den Geschworenen hiesigen Landgerichts I, um sich wegen zahlreicher Fälschungen von Sparkastenbüchern zu verantworten. Der Angeklagte, ein bis dahin ruhiger, fleißiger und geschickter Arbeiter, machte im September vorigen Jahres die Bekanntschaft einer nicht mehr jungen Frau, die ihn nach und nach ganz in ihren Banquets zog und auf solche Wege drängte. Es überfiel ihn ein vollkommener Vergnügensstummel; er führte die Dame seines Herzens von einem lössigen Vergnügen zum anderen, spielte den noblen Herrn, hielt den Tag über eine Drochke erster Klasse zu ihrer Verfügung und gab weit mehr Geld aus, als er durfte. Dadurch wurde er zum Verbrecher; er suchte sich die zu seinem verschwenderischen Leben notwendigen Geldmittel durch Fälschung von Sparkastenbüchern zu verschaffen. Er ließ sich bei der fälschlichen Sparkasten auf eine Einlage von einer Mark ein Sparkastenbuch austauschen und mit Hilfe der ihm als Maler und Bildhauer innewohnenden Handgeschicklichkeit fälschte er diese Bücher in äußerst geschickter und täuschender Weise. Er datirte den Zeitpunkt der ersten Einzahlung auf mehrere Jahre zurück und trug alsdann eine ganze Reihe von Einzahlungen ein, welche er mit den Namen der Sparkastenbeamten fälschte. Hatte er den angeblichen Sparbetrag auf diese Weise künstlich in die Höhe getrieben, dann verheiratete er die Bücher bei einem Pfandleiher. Er hat es fertig gebracht, auf diese Weise in einem Zeitraum von 2 Monaten das Stämmchen von 3000 M. sich zu verschaffen und diese mit seiner Belieben in der leichtfertigen Weise zu vergeuden. Dem gefährlichen Angeklagten gegenüber konnte es sich nur darum handeln, ob demselben mildere Umstände zugubilligen seien, oder ob er durch Verhaftung der letzteren ins Justizhaus geschickt werden solle. Der Staatsanwalt plädierte für das letztere, während Rechtsanwält Grissoli als Verteidiger den Angeklagten der Milde der Geschworenen anempfahl. Der Spruch der letzteren lautete auf Schuldig in allen zur Anklage stehenden Fällen. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis und der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß, sprach dem Angeklagten auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab.

32 Wechsel-fälschungen und ein Kesselfbruch wurden dem Möbelhändler Friedrich Wilhelm Engmann zur Last gelegt, der gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Engmann hat bis zum Jahre 1885 ein recht umfangreiches Möbelgeschäft betrieben. Dann erlitt er Verluste, sein Geschäft ging immer mehr zurück und schließlich wurde er zahlungsunfähig. Anstatt den Konkurs anzumelden, half der Angeklagte sich dadurch, daß er einen falschen Wechsel anfertigte. Dieser Schritt war das erste Glied einer Kette fortgesetzter Fälschungen. Wie Engmann vor Gericht eingestand, hat er immer neue falsche Wechsel gemacht, um aus dem Erlöse die fälligen zu decken. Als er im vorigen Jahre verhaftet wurde, waren gefälschte Wechsel von ihm zum Gesamtbetrage von über 15 000 Mark im Umlauf. Den Kesselfbruch hatte der Angeklagte dadurch begangen, daß er ein vom Gerichtsvollzieher versiegeltes Spind nach Abnahme des Siegels verkaufte und dadurch der Pfandung entzog. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß das Verfahren des Angeklagten Treu und

Versammlungen.

Maurer.

Die Maurer Berlins und Umgegend hielten am 2. d. M. im Saale der Brauerei Friedrichshain eine öffentliche Generalversammlung ab. Das Bureau bildeten die Kollegen Wernau, Weise und Tsch. Die Tagesordnung war folgende: 1. Stellungnahme zu der auf der Berliner Bauhandwerker-Konferenz gestellten Resolution, sowie endgiltige Beschlussfassung über die Frage, welche Form der Organisation von uns anerkannt wird. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches. Der Besuch der Versammlung entsprach leider nicht der Wichtigkeit der Tagesordnung. Zum ersten Punkte nahm als erster Redner Wernau das Wort und beleuchtete in längeren Vorträgen den bisher von ihm als Leiter der freien Vereinigung vertretenen Standpunkt und die Ursachen des gegenwärtigen Parniederliegens der Berliner Maurerbewegung, die theils in dem missglückten Streik von 1889, missglückt durch die ungenügende Unterstützung, welche demselben zu Theil wurde, theils in der Meinungsverschiedenheit der Führerschaft, herbeigeführt dadurch, dass verschiedene „Führer“ in ihren Prinzipien nicht festsitzend waren, zu suchen seien. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo es heiße: entweder — oder! Entweder die Berliner Maurer seien gewillt, sich auf eigene Kräfte zu stellen, die Berliner Maurerbewegung wieder zu neuer Kraft zu entfachen und die bisherige Organisationsform hochzuhalten und die Resolution der Bauhandwerker-Konferenz sich zu eigen zu machen, oder aber sich in das Schlepptau Hamburgs nehmen zu lassen und damit den Stab über die Berliner Maurerbewegung zu brechen. Wenn die Berliner Maurer beschließen sollten, an der bewährten Lokal-Organisationsform festzuhalten, so würden sie sich damit in keiner Weise eines Kongressbeschlusses schuldig machen, denn über dem Haken der Parteilose stehe der Pariser internationale Kongress, welcher es jeder Gewerkschaft freieste, sich ihre Organisationsform nach eigenem Ermessen zu wählen. Sollte die Politik aus den Gewerkschaften verbannt werden, so würde er den Berliner Maurern empfehlen, lieber ihre gewerkschaftliche Organisation gänzlich aufzulösen und sich nur den politischen anzuschließen. Die jetzt im Prinzip vorhandene zentralistische Organisation der MA in Deutschland bestehende Lokal-Organisation der Maurer könne noch ausgearbeitet und angepaßt werden nach dem Vorbilde der Partei-Organisation und sei entschieden vortheilhafter als eine schablonenmäßige Verbands-Organisation, ganz abgesehen davon, daß 118 nicht auf Preußen entfallende Lokalorganisationen infolge der entgegenstehenden Vereinigsetze von dieser Verbandsorganisation von vornherein ausgeschlossen seien. Berlin müsse seinen örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Sollte einer völligen Degeneration vorgebeugt werden, so dürfen den Berliner Maurern die Waffen der politischen Agitation, der Petitionen und Demonstrationen nicht genommen werden. Auf gewerkschaftlichem Boden allein könnten die Interessen der Berliner Maurer nicht gewahrt werden. Den Wegweiser für die einzuschlagenden Bahnen bilde die auf der Bauhandwerkerkonferenz gestellte Resolution, welche Redner zum Vortrag brachte, die besonders von dem offiziellen Organ der Maurer Deutschlands, dem „Grundstein“, in unwürdiger Weise besprochen worden sei. Diese Resolution zur Diskussion stellend, beantragte er eine seinen Ausführungen entsprechende Resolution.

In der folgenden lebhaften Diskussion äußerte zunächst Gröppler seine Bedenken gegen die in Frage stehende Resolution. Ihm folgte Stangl (Hamburg), welcher verschiedenen Punkten des Referats entgegentrat. Derselbe betonte in erster Linie die von Seiten der Lokalorganisations-Verfechter für notwendig erachtete Verquickung der Politik mit der Gewerkschaftsbewegung, betonte, daß seitens der Geschäftsleitung in Hamburg den Berliner Maurern im Streik 1889 alle nur irgend verfügbaren Mittel gewährt worden seien, wies den Vorwurf zurück, daß Hamburg an dem Niedergang der Berliner Maurerbewegung schuldig sei und daß die Geschäftsleitung derselben feindselig gegenüberstehe und war des Weiteren der Meinung, daß den Kollegen in der Provinz das Hemd näher sei als der Rock, d. h. die gewerkschaftliche Bewegung bei ihnen mehr Anklang finde, als die politische, betrachtete demgemäß die Zentralorganisation ohne Politik für die beste und empfahl den Berliner Maurern, sich auf denselben Standpunkt zu stellen und sich nicht zu isoliren, sondern sich mit den deutschen Maurern zu einigen.

Den Ausführungen des Voredners (Redakteurs des offiziellen Organs der Maurer Deutschlands) traten die Kollegen Wernau, Krieg in schärfster Weise entgegen, übten Kritik an Hamburg und dem „Grundstein“ und empfahlen die Resolution, während Silberschmidt die geplante Zentralorganisation befürwortete und beide Resolutionen Wernaus verworf.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde hierauf angenommen. Wernau verpflichtete auf das Schlusswort. Klünger beantragte, die Beschlussfassung über die für Berlin maßgebende Form der Organisationsform zu vertagen bis nach dem diesjährigen deutschen Maurerkongress. Dieser Antrag fiel durch die Annahme folgender von Wernau beantragten Resolution mit allen gegen 18 Stimmen:

„Die heute am 2. März tagende öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend giebt der auf der Berliner Bauhandwerker-Konferenz gestellten Resolution ihre volle Zustimmung. Die Versammlung erklärt somit gleichzeitig die in der Resolution enthaltenen Grundsätze für die künftige Form ihrer Organisation und verpflichtet demnach einen jeden Maurer, der in Berlin seinen Broterwerb hat, sich diesem Beschlusse unterzuordnen. Ferner beschließt die Versammlung: als Fachorgan wird der „Bauhandwerker“ vor wie nach anerkannt, und verpflichtet sich die Anwesenden (so weit dies noch nicht geschehen) auf dasselbe zu abonniren und für die weiteste Verbreitung desselben thätig zu agitiren.“

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Stellungnahme zum 1. Mai“ referirte Kollege Grothmann. Derselbe erklärte sich mit dem Fraktionsbeschlusse zwar nicht einverstanden, befürwortete aber, sich demselben zu fügen, am 1. Mai indessen eine Versammlung einzuberufen. Kollege Schwabe beantragte eine Resolution im entgegengekehrten Sinne. Nach kurzer Debatte wurde die Beschlussfassung über die Frage der Maifeier der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Eine öffentliche Versammlung der Leiharbeiter fand am 3. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Hantsch statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Vortrag über Alters- und Invaliditäts-Versicherung sprach Dr. Litgenau. In der Diskussion beteiligten sich die Herren Kessel, Penderert, Dubeid und Wunsched. Nach dem Schlusswort des Referenten erhielt Herr Schulz das Wort, um mit einigen Worten auf die Lohnfrage einzugehen. Er wies darauf hin, daß man seiner Zeit die Leiharbeiter-Organisation schuf, um vermittle ihrer den im Gewerbe existirenden Uebelständen entgegenzuarbeiten zu können. Am 10. März vorigen Jahres wurde dann der Beschluß gefaßt, von den Fabrikanten eine 25 prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Man wurde jedoch bald der

Meinung, daß dies nicht der richtige Weg sei, auf dem etwas Ersprießliches für die Leiharbeiter errungen werden könne. Maßgebend für eine Aenderung der Taktik war die Schundkonkurrenz, welche nirgends größer ist, als in der Lederwaren-Fabrikation. Durch dies Faktum sind die Leiharbeiter veranlaßt worden, erst eine mögliche Gleichstellung der Löhne anzustreben. Es wurde zu diesem Zweck eine Kommission gewählt, welche einen Lohnzettel anzuarbeiten hatte. Nachdem derselbe schon einer Versammlung zur Begutachtung vorgelegen, sollte diese Versammlung endgiltig über denselben beschließen. Wenn er angenommen, müßte aber auch jeder Kollege für die Vereinigung eintreten, damit diese möglichst im Herbst dieses Jahres schon so stark sei, um den Tarif, welchem die Mittelwaare als Material zu Grunde liegt, durchdrücken zu können. Nach diesen Ausführungen kamen die Tarife für Rahmenarbeit, für Trepora's und für weiche Arbeit zur Verlesung und wurden dann von der Versammlung angenommen. In Betreff der letzten Arbeit, sowie einzelner Arbeitsarten, deren Preis sich nicht tarifräßig festlegen läßt, wurde im Tarif die Bestimmung aufgenommen, die Arbeit sei so zu bezahlen, daß ein mittelwärtiger Arbeiter pro Stunde 40 Pfennig verdienen kann. Als „mittelwärtiger“ gelte der Arbeiter, welcher jetzt pro Stunde 30 bis 33's Pfennig verdient. Auch diese Bestimmungen wurden von der Versammlung akzeptirt. Hiermit ist das Mandat der Lohnzettel-Kommission erledigt. Es wurde beschlossen, den Trud und die Verbreitung des Tariffs dem Fachverein der Leiharbeiter zu überlassen. Weiter wurde die Wahl einer fünf-köpfigen Kommission beschlossen, welche berechtigt ist, Marken im Werthe von 10 Pfennig auszugeben, deren Verkaufsertrag zur Ankaufnahme eines Fonds für die Lohnbewegung der Leiharbeiter dienen soll. Gewählt wurden in diese Kommission die Herren Zander, Heinke, Penderert, Collin und Schneider. Nach Erledigung kleinerer Fragen wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer tagte am letztverflohenen Sonntage in Grauhof's Bierhallen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Auersch. Da derselbe aber zu kommen verhindert war, so hatte Herr Dr. Litgenau das Referat übernommen. Das Thema lautete: „Unser Verhältnis zum Judenthum und zum Antisemitismus.“ Der Referent erntete für seinen interessanten Vortrag den reichsten Beifall der sehr zahlreich besuchten Versammlung. Auf dem Vortrag folgende Diskussion wurde eine sehr animirte, da sich die Genossen Konrad, Treuherr, Peters, Heitmann, Säuberermann und Fräulein Wabnis daran beteiligten. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die 2c. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt demgemäß: daß unsere Stellung zum Judenthum sowohl, wie zum Antisemitismus klar und bestimmt in dem Programm der Sozialdemokratie ausgedrückt ist, — und daß die Agitation der Antisemiten eine gemeinschaftliche ist, da sie dahin wirkt, einen Theil des Volkes rechtlos zu machen. Da aber gleiches Recht und gleiche Pflicht für Jedem für das Wohl und die höhere Entwicklung der Menschheit unbedingt erforderlich sind, so werden die Anwesenden mit aller Energie für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie eintreten.

Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag, den Ueberschuß der fortgesetzten Teilerfassung der General-Kommission der Gewerkschaften zu überweisen, einstimmig angenommen. — Der Genosse Kiegl legte sein Amt als Beauftragter nieder und es wurde an seiner Stelle der Genosse Wilde gewählt. Nach einigen Erörterungen wurde sodann die Versammlung mit einem dreimaligen kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Das sich anschließende „gefellige Beisammensein“ fesselte durch Gesang, Tanz und Vorträge die Anwesenden bis spät in die Nacht. NB. Der Ueberschuß der Teilerfassung, welchem der Erld aus der amerikanischen Versteigerung eines Vossfeldbildes beigelegt worden ist — im Betrage von 32,50 Mark — ist der General-Kommission der Gewerkschaften überwiesen worden.

Die Lage der in der Goldwaaren- und Juwelenbranche Berlins Beschäftigten ist mit eine der unübereinstimmendsten aller Gewerbe und Industrien; denn während in der Branche die sogenannte Saison noch nicht vorüber ist, befinden sich jetzt schon so viele Kollegen ohne Arbeit, wie in der schlechtesten Zeit im Sommer. Die Löhne werden für die neu in Stellung tretenden Arbeiter immer niedriger gestellt, so daß ein langsames aber stetiges Sinken der Löhne stattfindet.

Während die Arbeitslosigkeit immer mehr unter den Angehörigen der Branche zunimmt, wird in verschiedenen Geschäften nach Feierabend gearbeitet. Bei alledem scheinen nun noch etliche Prinzipale der Berliner Goldschmiedezunftung auf dem Standpunkt des Herrn Ober-Bürgermeisters von Berlin zu stehen, d. h. es wird von ihrer Seite auch die Noth und die Uebelstände, welche in der Branche vorhanden sind, abgeleugnet. Kennzeichnend für die ganze Branche ist es, daß die Arbeiter eines Zubehörgewerbes unter den ungünstigsten Verhältnissen und Arbeitsverhältnissen zu leben haben, unter den niedrigsten Lebensbedingungen leben müssen.

Um alle vorkommenden Uebelstände zu erörtern und festzustellen, findet am Montag, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Joel, Andreasstr. 21, eine große öffentliche Versammlung aller in der Gold-, Juwelen- und Silberwaaren-Branche Berlins beschäftigten Arbeiter- und Arbeiterinnen statt, zu welcher auch gleichzeitig die Prinzipale Berlins eingeladen sind. Siehe Inserat am Sonnabend.

Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am 28. Februar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Stadtvorordneter Heindorf hielt einen Vortrag über „Bourgeoisie und Sozialdemokratie“. In Verschiedenem wurde ein Antrag, der General-Kommission Deutschlands 30 M. zu überweisen, angenommen. Ein anderer Antrag, der Berliner Streik-Kontrollkommission 10 M. zu überweisen, wurde dem Vorstand zur Regelung überwiesen. Nachdem der Vertrauensmann Kollege Pähold (Wohnung Wilhelmstr. 18) die Kollegen aufgefordert, sich zahlreicher an der Vertreibung der Unterhaltungsmarken zu beteiligen und nicht als die letzten in dieser Beziehung, hinter andern Fachern der Metallarbeiter zu stehen, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung zu besserer Agitation zum Besuch der Vereinsversammlung, die sehr schwach besuchte Versammlung. Die Beiträge werden jeden Sonntag von 11—12 Uhr, Anklamersstraße 45, vom Kassirer entgegen genommen. Die Mitglieder werden hiermit auf § 4 des Statuts aufmerksam gemacht.

Wäschezuschneider. Am 26. Februar tagte in der Brauerei Pfefferberg der Verein der Wäschezuschneider und verwandten Berufsgenossen mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Mitglieder zur Auflösung des Vereins?“ Es wurde nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, den Verein aufzulösen und sämtliche Utensilien, sowie Bibliothek und das Gesamtvermögen dem neu gegründeten Verein zur Wahrung geistiger und materieller

Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wäschebranche als Geschenk zu überweisen.

Unter Verschiedenem sprachen die Herren Grashold, Koopmann, Jemke, Schlesinger alle im Sinne des Tagesordnungspunktes; besonders hervorzuheben wäre, daß Kollege Barby sich in eingehender Weise dahin äußerte, da und eine Zentralorganisation nicht gestattet ist, doch das Fünftel Freiheit, das wir noch haben, dazu zu benutzen, und durch einen Lokalverband zu vereinigen, um so geschlossen dem Kapitalismus gegenüber Front machen zu können. Diese Anregung fand allgemeinen Beifall. Derselbe Redner beantragte noch, dem Vorstand für die aufopfernde Thätigkeit dadurch Lob zu sollen, daß sich die anwesenden Mitglieder von ihren Plätzen erheben. Das geschah auch. Die Herren Koopmann und Grashold ersuchten, für den neuen Verein noch thätig zu agitiren.

Eine gut besuchte Versammlung der Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen tagte am Sonnabend, den 28. Februar, unter dem Vorsitz des Kollegen Epif. Herr Paus hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Stellung die Frau in der Industrie. In seinem Schlussworte forderte Redner die Frauen auf, daß sie sich der Organisation anschließen und mit den Männern Hand in Hand gehen möchten, damit die Welt von dem kapitalistischen System bald befreit werde. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie verspricht, thätig für die Vertreibung der Frau einzutreten.“ Sodann schloß der Vorsitzende die Versammlung. Die Teilnehmer an der Versammlung hielten Tanz und Vorträge noch gefellig bis zum frühen Morgen beisammen.

In der „Vereinigung der in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter“ sprach am 24. Februar unter allgemeinem Beifall Herr Hildebrand über „Gewerkschaftliches“. Die Versammlung war erfreulicher Weise sehr gut von Arbeiterinnen besucht. Unter Verschiedenem wurde des Herrn Kartonsfabrikanten Eduard Jacobsohn gedacht, der seinen verheirateten Arbeitern zu Weihnachten einen Meter Holz und tausend Pfeiflohlen schenkte und jetzt in seiner Fürsorge angeblich soweit geht, daß die an eintige Kollegen gerichteten Briefe nur in seiner Gegenwart geöffnet werden sollen und er dann fragt, was die Briefe enthalten. Zufälliger Weise enthielten sie die Versammlungsbeantwortung. — Soweit konstatiert werden konnte, war kein Arbeiter der Jacobsohn'schen Fabrik anwesend. Es wurde weiter unter Verschiedenem noch erwähnt, daß den Arbeitern von den Fabrikanten ein Revers zur Unterschrift vorgelegt werde, worin sich dieselben verpflichten müssen, den Verein nicht beizutreten. Auch seien die Fabrikanten bereits wieder einmal zusammen gewesen um zu beraten, ob man nicht die Löhne der Zuschneider kürzen könne und zwar motivirte es die Seele der Fabrikanten damit, daß die Arbeiter anfangen lüppig zu werden. Schließlich lehnten sie aber doch die Kürzung der Löhne ab.

Eine öffentliche Versammlung der Papper Berlins und Umgegend fand am 1. März unter dem Vorsitz des Kollegen Schulz statt. Der Vorsitzende berichtet über den in der vorigen Versammlung gefaßten Beschluß. Sodann referirte Kollege Dietrich über Zentralisation und empfahl sie. Nur durch Zentralisation ist es möglich, den Jukug von Berlin im Falle eines Lohnkampfes fernzuhalten. In Betreff der Hamburger Vorlage empfahl Kollege Dietrich die Wahl einer Kommission von fünf Personen zur Prüfung des Statuts. Die Wahl dieser Kommission wurde angenommen. In die Kommission zur Statutenberathung des Verbandes deutscher Maurer wurden gewählt die Kollegen Dähne, Dietrich, Neumann, F. Schulz und A. Hennig. Grothmann lehnt ab. Am „Verschiedenes“ wurde ein Unterstützungsgesuch vom Kollegen A. Heilig verlesen. Ihm wurden 60 M. aus dem Generalfonds der Papper bewilligt. 200 M. wurden der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen.

Die Bäcker Berlins und Umgegend hielten am 26. Februar eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Kuhnke über die Krankenversicherung der Arbeiter referirte. Redner führte in längeren Ausführungen und an der Hand statistischer Materialien den Beweis, daß die freien eingeschriebenen Hilfskassen bedeutend mehr leisten, als die Orts- resp. Zwangskassen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Möller, Schlüter, Manthey und Weiser. Inzwischen war folgende Resolution eingegangen: Die öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und mit den in der Diskussion gesprochenen Ausführungen einverstanden und verpflichtet sich für das Befestigen der freien eingeschriebenen Hilfskassen in jeder Weise einzutreten, sowie zu jeder Zeit und überall für das Wachsthum der freien eingeschriebenen Hilfskassen zu agitiren. Unter Verschiedenem brachte Kollege Wilde die im Deutschen Reichstage gesprochenen Debatten betreff der Sonntagsruhe zur Sprache und gab bekannt, daß in dieser Angelegenheit in kurzer Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, zu welcher auch sämtliche Mitglieder der Arbeiter-Schulungskommission eingeladen werden sollen. Nachdem noch Weiser Bericht erstattet hatte über die letzte Versammlung der Berliner Streik-Kontrollkommission und ferner zur regen Sammlung für die ausgesperrten Arbeiter ermuntert hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verein der Kurbelstepperinnen und Stepper hielt am 23. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Herrn König über das Thema: Die heutige Arbeiterbewegung und wie sie sich in Zukunft gestalten wird. In der Diskussion sprach Herr Noth im Sinne des Vortragenden. Unter Verschiedenem wurden mehrere Anträge gestellt. Zuerst wurde beschlossen, den „Textilarbeiter“ und den „Konfessionär“ vom Verein mitzunehmen, ferner wurde zum Abonnement empfohlen die „Arbeiterin“. Bis zur nächsten Versammlung wurden die Anträge: Ausgabe von Fragebogen, Änderungen im Arbeitsnachweise (welcher sich seit Februar im obigen Lokale befindet und täglich Abends von 8 1/2—9 1/2 Uhr geöffnet ist), ferner wie und wann wir die Maifeier zu begehen gedenken, zurückgestellt. Nach Erledigung des Fragebogens schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit der Mitteilung, daß am 7. März im obigen Lokale eine gefellige Abendunterhaltung, und am 17. März die nächste Versammlung stattfinden.

Eine Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Deutschen Zattlervereins fand am 28. Februar statt. In der Oetern in Hannover stattfindenden General-Versammlung wurden verschiedene Statuten-Änderungsanträge angenommen. Zu Delegirten wurden die Kollegen Barth und Schwarz gewählt. Es wurde beschlossen, die auf den Sonnabend vor Oetern fallende nächste Versammlung 8 Tage früher, also am 21. März, stattfinden zu lassen. Das diesjährige Stiftungsfest findet den ersten Oetertag in Heinrich's Pfaffen, Beuthstr. 21—22, statt. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Der Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter hielt am 2. März eine sehr

